

Dresdner Volksblatt

Verlagskontor: Dresden
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Bei Abnahme von Zeitungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einschub höherer Gewalt, hat der Besteller der Dresdner Volkszeitung

Abonnementpreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Reben, Blüthen, Kunst“ sowie der wöchentlichen Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 2.40 M., einjährig 28 M., Bringerlohn (ohne Post) 2 M., einjährig 26 M., Bringerlohn (ohne Post) 2 M., einjährig 24 M., zusätzlich Post- und Zustellungsgebühren.

Schreibweise: Schriftenerlag 10. Fernsprecher Nr. 25 261
Anzahl der Exemplare von 12 bis 1 Uhr
Verkaufsstelle: Schriftenerlag 10. Fernsprecher Nr. 25 261
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Abonnementpreis: Die 80 mm breite Monatsbeilage 25 M., die 100 mm breite Monatsbeilage 30 M., für ausländische 40 M., u. 2.50 M. abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienabonnenten, Stellen- u. Mitgliedschaften 20 M. netto. Für Brieflieferung 10 M. Einzelnr. 10 M.

Nr. 252

Dresden, Mittwoch, den 26. Oktober 1932

43. Jahrgang

Allen sagen:
Liste 2 wählen!

Wapen im Unrecht

Der Spruch des Staatsgerichtshofs — Keine preussische Pflichtverletzung — Ministerabsetzung ungültig, nur Beschränkung in ihren Amtsbefugnissen

Dem Kabinett Braun-Severing steht die Vertretung Preußens zu!

Voller politischer Erfolg

Das Urteil des Staatsgerichtshofs und seine Begründung bringen wir auf der zweiten Seite.

M. Frankfurt a. M., 25. Oktober. (Fig. Draht.)

Hon. Justizminister Dr. Hecker, Frankfurt a. M., der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages, hat in dem Reichstag die Beschränkung der Befugnisse der preussischen Landesregierung gegenüber dem Reich, gab dem Reichstag die folgende Erklärung zu dem Urteil des Staatsgerichtshofs:

Das Urteil des Staatsgerichtshofs bedeutet unter den gegebenen Verhältnissen einen

vollen politischen Erfolg der preussischen Regierung.

Durch die Feststellung, daß von einer Pflichtverletzung des Landes keine Rede sein könne, ist die in der Verordnung vom 20. Juli 1932 gelegene und von der Reichsregierung mit allen möglichen Mitteln betriebene Diffamierung der preussischen Landesregierung als unzulässig gekennzeichnet. Die ursprünglich beabsichtigte ungültige Absetzung der preussischen Minister wird vom Staatsgerichtshof als verfassungswidrig bezeichnet.

Die Regierung Braun ist also im Amt und hat allein das Recht, das Land Preußen im Reichstag, im Reichspräsidentenrat, gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder anderen Ländern zu vertreten.

Wenn die Reichsregierung erklärt, das Urteil des Staatsgerichtshofs bestätige die Verordnung selbst im vollen Umfang, so ist diese Behauptung politisch zwar verständlich, sie entspricht aber weder juristisch noch politisch den Tatsachen. Ebenso ist die Erklärung der Reichsregierung, sie habe sich bezüglich der parlamentarischen Vertretung Preußens mit dem Urteil des Staatsgerichtshofs in Uebereinstimmung, unrichtig. Hat doch der Reichspräsident bereits dem Reichsratspräsidenten beauftragt, die Reichsregierung in dieser Beziehung durch das Urteil bedauerlich zu

wortung trage, so sei es jetzt seine Aufgabe, aus dem Spruch des Staatsgerichtshofs die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und das Recht wiederherzustellen. Die Vossische Zeitung schreibt ihre Ansicht in folgenden Worten:

„Das Reich wolle — das ergibt sich aus dem Urteil des Staatsgerichtshofs — die Regierung Braun-Severing am 20. Juli auslösen. Der Versuch ist gescheitert an den Reichsgarantien der Weimarer Verfassung und am Staatsgerichtshof. Das Reich wolle die preussischen Reichsratsmitglieder sich aneignen — der Versuch ist gescheitert an den Reichsgarantien der Weimarer Verfassung und am Staatsgerichtshof. Der Gerichtsbescheid ist daher eine schwere Niederlage für die Reichsregierung u. a. m. Zugleich eine Warnung für alle, die an der Verfassung leichtes Herzens herumexperimentieren wollen.“

Neue Koalitionsverhandlungen

Das Zentrumorgan Germania schreibt: „Nach dem Urteilspruch wird es nun Aufgabe der preussischen Politik sein, das Provisorium des Reichstagskommissariats, das aus dem Leipziger Prozeß keinesfalls moralisch und juristisch gestützt hervorgeht, ein baldiges Ende zu bereiten und an seine Stelle eine verfassungsmäßige, vom Vertrauen der Volkvertretung getragene Landesregierung zu setzen. Erst dann wird der Sinn dieses Urteils, Spruch erfüllt sein.“

Diese Versicherung läßt erkennen, daß das Zentrum entschlossen ist, mit dem Provisorium in Preußen bald Schluß zu machen. Seine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten, die, soweit die Bildung einer preussischen Regierung in Frage kommt, schon vor Wochen ziemlich weit gediehen waren, aber dann abgebrochen wurden, um zunächst das Urteil des Staatsgerichtshofs abzuwarten, sind entgegen anderslautenden Meldungen bisher noch nicht wieder aufgenommen worden. Aber daß sie nunmehr beschleunigt weitergeführt werden, steht außer Zweifel. Immerhin ist kaum damit zu rechnen, daß Zentrum und Nationalsozialisten noch vor den Reichstagswahlen die Wahl eines preussischen Ministerpräsidenten vornehmen werden. Nach den Wahlen dürfte jedoch das Bündnis, über das bereits weitgehende Uebereinstimmung bestehen soll, perfekt werden.

Die Niederlage

Von Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Die Reichsregierung hat mit. Er geht so weit, daß sie das Urteil des Staatsgerichtshofs in Sachen Preußen als Rechtfertigung ihres Standpunktes und ihres Vorgehens ansieht. Zu Wirklichkeit bedeutet der Leipziger Spruch eine schwere Niederlage für Herrn von Papen und sein Kabinett. Bei dem Versuch, über die Hüden der Verfassung in seinem Sprung hinwegzuheben, hat der Reichspräsident beträchtlichen Schaden erlitten.

Daran ändert der Umstand nichts, daß der Staatsgerichtshof den Absatz 2 des Artikels 48 der Reichsverfassung für anwendbar erklärt und dem Reichspräsidenten das Recht zuspricht, nach pflichtmäßigem Ermessen die gesamten staatlichen Machtmittel des Reiches und Preußens in einer Hand zusammenzufassen und die Politik des Reiches und Preußens in eine Bahn zu lenken. Diese der Regierung vagen, gütig erscheinende Entscheidung konnte gefällt werden, weil der Wortlaut des Artikels absoluter Klarheit und Unzweideutigkeit entbehrt und weil das in der Verfassung angeforderte auslegende Reichsgesetz bisher leider noch nicht erlassen ist. Aus dem Fehlen einer wirklichen Begriffsbestimmung der Störung und Gefährdung von Sicherheit und Ordnung und aus dem Nichtvorhandensein einer festen Abgrenzung der Maßnahmen, die zur Wiederherstellung der bedrohten Güter getroffen werden können, zieht die Regierung Papen Nutzen.

Damit ist indessen noch nicht alles gesagt. Das Gericht hat sich offenbar bemüht, einen Weg zu finden, auf dem es nicht nur dem juristischen, sondern auch dem politischen Zustand gerecht werden konnte. Es glaubte nicht zu einem Ergebnis kommen zu dürfen, durch das nicht nur alles, was seit dem 20. Juli in sachlicher und personeller Beziehung geschehen ist, ungeschehen gemacht werden würde, sondern durch das auch die Stellung des Reichspräsidenten unter Umständen schwer erschüttert worden wäre. Deshalb hält es beispielsweise den Reichskommissar für befugt, die Ämter in den einflussreichen Ruhestand zu versetzen, zu ernennen, zu befördern und zu entlassen, und deshalb wird die Verantwortung der Frage, ob der Reichskommissar auch die ministeriellen Geschäftsbereiche erfassen dürfte, die mit der allgemeinen Politik und der politischen Ordnung unmittelbar nichts zu tun haben, dem Reichspräsidenten zugewiesen. Auf diese Weise erhält das Urteil natürlich einen zweiten

Die Konsequenzen

D. Berlin, 26. Oktober. (Fig. Funk.) Der Vorwärts

schreibt: „Die rechtmäßige preussische Landesregierung besitzt allein das Recht der Vertretung Preußens im Reichsrat. Selbstverständlich wird sie diesen Gebrauch machen. Daraus entstehen Konsequenzen. Die weitreichenden Pläne zur reaktionären Verfassungsänderung können nicht über den Kopf Preußens hinwegverwirklicht werden. Alle Spekulationen über den Weg durch den Reichsrat sind zerfallen. Die Zusammenlegung preussischer Ministerien mit Reichsministerien ist nur möglich auf dem Wege des Staatsvertrages mit der jeweiligen rechtmäßigen Regierung. Das sind nicht Herr Papen und Herr Brauns — heute aber Braun, Severing, Bircksler.“

Wenn die rechtmäßige Landesregierung hat das Recht der Vertretung nach innen und nach außen. Sie allein kann Staatsverträge schließen. Auch das hat keine Konsequenzen, und zwar schwebende Art. Zum Geschäft mit der Preußenkassette fehlte den Kommissaren die Legitimation. Die Übertragung der Preußenkassette auf das Reich ist also nichtig. Die Ernennung der Kommissare ist rückgängig gemacht worden, ebenso die Ernennung des Herrn Papen zum bevollmächtigten Reichspräsidenten.

Das sind Konsequenzen, die im ersten Augenblick sichtbar werden. Wir nehmen an, daß die rechtmäßige Landesregierung auch auf alle äußeren Formen Anspruch erheben wird, die sich daraus ergeben, daß sie nach wie vor rechtmäßige Reichsministerin und das Land repräsentiert. Die Ministerien, Ämter und ihre Kommissare müssen herabsteigen von dem hohen Thron, auf dem sie sich gesetzt haben, und sie werden in wesentlichen Punkten mit der rechtmäßigen preussischen Landesregierung sich zu politischen und sachlichen Verhandlungen begeben müssen.“

Das Berliner Tageblatt sieht in dem Urteil, trotz dem Kompromisscharakter, einen preussischen Erfolg, und da der Reichspräsident für den Abend des 20. Juli die Regierung

Rat zum Staatsverbrechen

Aus der Berliner Rechts- und Regierungs-
presse spricht die tiefe Enttäuschung über das Urteil
des Staatsgerichtshofs.

„Zweifelhafte Urteil in Leipzig“. „Eine unmögliche Entscheidung“, lautet die Ueberschriften der Wapen-Blätter, und trauhaft verurteilt die Kommentare den Keger über das Urteil und die Richter zu verbergen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung weilt ihrem Herrn und Meister Wapen seinen besten Rat, als sich durch eine „schleunige Notverordnung“ vor den Folgen des Urteils zu schützen. Im Grunde also eine Notverordnung gegen das höchste deutsche Gericht, das die Urheber des 20. Juli so lange als Entscheidungsbinder gelten ließen, solange sie hofften, hier eine Sanftion für diesen 20. Juli zu erhalten. Die Kreuzzeitung, das Stahlhelmorgan, bekennt die Niederlage von Leipzig, um zu fordern, Herr v. Wapen möge jetzt

mit der ganzen Verfassung Schluß machen, weil er anders aus dem Dilemma nicht herauskomme. Der Deutsche, das Organ der christlichen Gewerkschaften, sagt: Das Urteil bedeutet, daß der Reichspräsident nicht das Recht hat, die preussische Regierung abzusagen und an deren Stelle diktatorisch zu regieren.“

Die Baronsregierung schreift zurück?

D. Berlin, 26. Oktober. Die gestern, so fordern heute die Morgenblätter der Wapen-Preße die Barone noch viel dringender auf, nach dem Spruch des Staatsgerichtshofs „ganze Arbeit“ zu machen und den am 20. Juli beschrittenen

Weg weiterzugehen. Demgegenüber aber lassen selbst die Barone durch ihre Pressestellen erklären, daß sie keineswegs die Absicht hätten, eine Reichsreform auf Grund des § 48 durchzuführen, also nicht mit Notverordnungen und Gewaltstreichchen, sondern auf „verfassungsmäßigem Wege“.

Nach Papens immer wiederholten diktatorischen Reden und seinen Gewalttaten gegen Preußen hat sich eine Versicherung der Regierungsstellen keinerlei Ueberzeugungskraft. Nur ein vernichtendes Volksurteil über die „neue Staatsführung“ am kommenden 6. November kann die Barone vor dem Weiterstreben auf dem Wege zu Diktatur, Monarchie und Volksverfluchung juristischheuten.

Wapen vom Reichsrat gestellt!

D. Berlin, 26. Oktober. (Fig. Funk.) Die Baronsregierung hat, um einem Konflikt mit den Ländern auszuweichen, den Reichsrat schon seit Monaten nicht einberufen. Diese Taktik kann sie nicht mehr fortsetzen. Der Reichsrat wird Herrn Wapen zur Rede stellen! Die preussischen und die bayerischen Stimmen allein reichen schon aus, die Einberufung des Reichsrats zu erzwingen. Es besteht kein Zweifel, daß die beiden Länder von dieser Möglichkeit schamlos Gebrauch machen und an die Baronsregierung einige Fragen über die geplante Verfassungsreform stellen.

ipältigen Charakter, und die Gefahr, der man entgegen wollte, ist insofern nicht verniedert worden, als nun eine höchst merkwürdige Zuständigkeitsverteilung zwischen der ausbrüchlich als verfassungsmäßig bestehend anerkannten Regierung Braun-Severing und dem Reichskommissar Platz gegriffen hat.

gegen Severing erhoben hat, als unbehörig zurückgewiesen.

Das Urteil erklärt des weiteren die Ermächtigung zur Amtsenthebung der Minister für ungültig. An die Stelle der verfassungsmäßigen Landesregierung kann auch vorübergehend kein anderes Organ eingesetzt werden, und die Übertragung von Zuständigkeiten auf ein Reichsorgan findet ihre Grenze in der Notwendigkeit, der Landesregierung die Befugnisse zu erhalten, die zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Landes und seiner Stellung im Reich unentbehrlich sind.

Frauen, lest und urteilt

So sprechen die Führer der Nationalsozialisten über die Bedeutung der Frau:

Gottfried Feder: Wir müssen wieder zum Heiligsten kommen, was es auf der Welt gibt: zur Frau, die Moed und Dienerin ist. Josef Goebbels: Die Frau hat schön zu sein und Kinder zu kriegen.

Braun und Severing im Amte

Berlin, 26. Oktober. Der preussische Ministerpräsident Braun hat sofort für Mittwoch vormittag 10 Uhr das preussische Staatsministerium zu einer Sitzung im Wahlstimmlokum einberufen.

Kein, alle Deutungs- und Verdrehungsversuche können über das Schwere Risiko der gegen Preußen und gegen die Demokratie gerichteten Aktion nicht hinwegtäuschen, und wenn die, die mit tausend Köpfen in den Ocean reaktionärer Politik hinausgeschiften, auch nicht wie der Schillerische Künigling still auf gerechtem Ziel zurückkehren — ihr Schiffbruch steht fest.

Und so spricht OTTO WELS, der Vorsitzende der Sozialdemokratie:

Wir sind stolz darauf, die einzige Partei gewesen zu sein, die in ihrem Programm die politische Gleichberechtigung der Frau forderte. Wir sind stolz darauf, daß die Sozialdemokratie es war, die 1918 den Frauen das Wahlrecht gab, und daß sie die meisten Frauen in die Parlamente des Reichs, der Länder und der Kommunen geschickt hat.

Herkaus ihres Amtes zu entheben, selbst die Dienstgeschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Und wie wird es nun weiter werden? Die preussische Staatsregierung wird am Mittwoch zur Lage Stellung nehmen. Was wird die Reichsregierung tun? Wird sie sich darauf beschränken, das vermeintliche Urteil zur Kenntnis zu nehmen? Es ist außerhalb des Bereichs absolutistischer Staatswesen kaum ein Rand denkbar, in dem ein Kabinett nach einer solchen Niederlage im Amt bleiben konnte.

Deshalb: Sozialdemokraten, Liste 2

Urteil und Begründung

Leipzig, 25. Oktober. (Eig. Bericht.)

In dem staatsgerichtlichen Streit um Artikel 48 der Reichsverfassung, den die Länder Preußen, Bayern und Baden gegen das Deutsche Reich, vertreten durch die Reichsregierung, nach der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig einleiteten, verurteilte Reichsgerichtspräsident Dr. Punske am Dienstag folgendes Urteil:

sich bei den Voraussetzungen des Art. 48 Abs. 1 um eine reine Ermessenfrage handelt, vermag der Staatsgerichtshof nicht zu urteilen. Ob ein Land seine Pflichten gegen das Reich nicht erfüllt hat, ist als Tat- und Rechtsfrage in diesem Streitfall vom Staatsgerichtshof nachzuprüfen.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichsfiskus zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preussischen Ministern vorübergehend amtliche Befugnisse zu erteilen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reichs zu übertragen.

Verwurf der Nichterfüllung von Pflichten

gründen, bestehen zum Teil aus Handlungen, die nicht von den verantwortlichen Trägern der Staatsgewalt in Preußen, sondern von nachgeordneten Persönlichkeiten vorgenommen worden sind. In solchen Handlungen kann eine Pflichtverletzung des Landes Preußen nicht gefunden werden.

Ueber den wesentlichen Inhalt der Gründe, von denen der Staatsgerichtshof bei seiner Entscheidung ausgegangen ist, führte der Vorsitzende aus:

Die Anträge

über die der Staatsgerichtshof zu entscheiden hatte, zerfielen in drei Gruppen. Die erste Gruppe bilden die Anträge, die sich unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli und deren Auswirkungen richten. Mit der zweiten Gruppe wird eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs darüber anstrebt, daß gewisse Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 niemals und unter keinen Umständen getroffen werden dürfen.

Hiernach bleibt zur Stärkung der Behauptung einer Pflichtverletzung nur die eine, vom Reich am stärksten betonte Anführung übrig, daß die preussische Regierung es an der erforderlichen Tapferkeit bei der Bekämpfung der kommunistischen Bewegung habe fehlen lassen.

Der Mann mit der Ailberdpeifche

Von Hitlers Ailberd wurde mit schweren Ailberdpeifchen auf politische Ailberdende eingeschlagen.



In dieser Ailberdallerart möchte Adolf Hitler das deutsche Volk regieren!

Dienach geht es nicht an, einen Reichskommissar als Landesregierung einzufügen

und die verfassungsmäßig bestellten Minister ihres Amtes zu erheben. Die Befugnisse der preussischen Minister in Bundesangelegenheiten konnten unter Verletzung der gegenwärtigen Verfassung in ihrer Amtseinstellung von der Landesstaatsgewalt abgetrennt und dem Reichskommissar als Reichsorgan übertragen werden.

Der Antrag der preussischen Minister ist zugleich gegen den Reichsfiskus in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen erhoben. Den beiden Fraktionen vermag der Staatsgerichtshof die Antragsbefugnis für den vorliegenden Fall nicht anzuerkennen.

Die Vorschrift gibt dem Reichspräsidenten für den Fall, daß ein Land seine Pflichten gegenüber dem Reich nicht erfüllt, die Befugnis, das Land mit Hilfe der bewaffneten Macht zur Pflichterfüllung anzuhalten.

Amtliches

Die Gemeinde Gumnitzsch b. Seiffenberg leitet die Wasserversorgung aus dem Familienmühlbach am Mühlgraben Nr. 24 für Gumnitzsch in den Kreisbach.

Die Wasserversorgung gegen die Wasserentnahme und somit die nicht auf besonderen Antragsfällen beruhenden, binnen 2 Wochen, vom Ende dieser Bekanntmachung an, gebietet, bei der unterzeichneten Amtsbekanntmachung anzufragen. Die Gemeinde Gumnitzsch b. Seiffenberg leitet die Wasserversorgung aus dem Familienmühlbach am Mühlgraben Nr. 24 für Gumnitzsch in den Kreisbach.

Dresden, am 24. Oktober 1932. [w 296]
2278 1 30.12.
Kunstabtammannschaft.

- Der den Aufenthalt der nachstehend aufgeführten Personen kennt, wird gebeten, ihn unter Angabe des betreffenden Adressatens mitzuteilen:
1. Heide, Otto Georg Friedrich, Schlosser, geb. 15. 12. 01 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 2. Heide, Anna, Konditorin, geb. 27. 4. 08 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 30.
 3. Heide, Hans Friedrich Ernst, Schlosser, geb. 17. 1. 09 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 4. Heide, Otto Hermann, Schlosser, geb. 1. 4. 07 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 5. Heide, Josef Paul Johannes, Schlosser, geb. 20. 7. 08 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 6. Heide, Otto Peter, Schlosser, geb. 13. 8. 11 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 7. Heide, Ernst, Schlosser, geb. 20. 8. 02 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 8. Heide, Otto Paul, Schlosser, geb. 22. 7. 01 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 9. Heide, Johannes, Schlosser, geb. 12. 7. 01 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 10. Heide, Bruno Johannes, Schlosser, geb. 18. 1. 08 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 11. Heide, Carl Hermann, Schlosser, geb. 20. 4. 07 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 12. Heide, Otto Peter, Schlosser, geb. 20. 7. 01 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 13. Heide, Andreas, Schlosser, geb. 17. 12. 03 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 14. Heide, Carl, Schlosser, geb. 22. 8. 17 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 15. Heide, Ernst, Schlosser, geb. 21. 1. 02 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 16. Heide, Otto Peter, Schlosser, geb. 21. 12. 08 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
 17. Heide, Hermann, Schlosser, geb. 5. 12. 06 in Gumnitzsch, 7229 Ver. 188.
- Dresden, am 25. Oktober 1932. [w 296]
Der Mai in Dresden. Wohlfahrtsamt.

Der allsehrwürdigen Gattin, unserer lieben Mutter, Schwester, Schwägerin und Zante **Hildegard Weinert geb. Kaufsch** und der Familienangehörigen und uns viele Freude bereitete, nach langem Krankenlager am 24. Oktober 1932, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Alter von 72 Jahren, nach kurzem Leiden, verschieden. Die Beerdigung findet am 26. Oktober 1932, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium in Dresden-Zoo statt.

Nachgelassene: **Karl Weinert und Schwester Familie Max Kaufsch.**

Der allsehrwürdigen Gattin, unserer lieben Mutter, Schwester, Schwägerin und Zante **Hildegard Weinert geb. Kaufsch** und der Familienangehörigen und uns viele Freude bereitete, nach langem Krankenlager am 24. Oktober 1932, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Alter von 72 Jahren, nach kurzem Leiden, verschieden. Die Beerdigung findet am 26. Oktober 1932, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium in Dresden-Zoo statt.

Nachgelassene: **Karl Weinert und Schwester Familie Max Kaufsch.**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwester, Groß- und Urgroßmutter **Frau Auguste Ebert** im Alter von beinahe 83 Jahren nach kurzem Leiden gestorben ist.

In tiefer Trauer:
Familien **Albert, Otto, Ernst und Emil Ebert**
Frieda Ebert.

Die Beerdigung findet am 26. Oktober 1932, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium in Dresden-Zoo statt.

Zigarrenabfall
prima Qualität, 250 Gramm 75 Pf.
Feinschnitt, 50 Gramm von 33 Pf. an
Krüll- u. Grobschnitt zu konkurrenz. Preisen
Verkauft ab Fabrik [w 300]
Raucherquelle Freiburger Str. 14, Hintergeb., Ziegelstr. 52, Eingang Rietscheistr., Grenadierstraße 1.
Ein Versuch überzeugt für immer!

UNSER BERGLAND 1933
der bekannte und beliebte Kalender für das Jahr
Wieder 120 Seiten stark. Gesteigerte Qualität. Gesenkter Verkaufspreis. Für 60 Pf. zu haben in der **Dresdner Volksbuchhandlung** und ihren Zweigstellen, in der **Freitaler Volksbuchhandlung** sowie bei den Kolporteurs und den Aus-trägern der **Dresdner und Freitaler Volkszeitung**.

In schlechten Zeiten
werben ist notwendig und — schwierig zugleich. Nur das Gute hat Aussicht auf Beachtung und Wirkung. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend beraten wir Sie gern u. unverbindlich. Rufen Sie 25261 an

Buchdruckerei Kaden & Comp.
DRESDEN A, Weitznerplatz 10.

Das laufende Ziel für ganz Dresden nach wie vor das richtige Clubprogramm der **Walhalla**

Das erste Quartierbeater am Kronprinzen-Platz, Dresden. Nur kurze Zeit! Zahl 1.16 Kleinste Eintrittsgelder!

Südweine
vom Faß ausgemessen, im einzelnen oder in Korbfässchen Liter von -.65 an

Spielbagen
Gespeldeckt: Kammstr. 9, Telefon 18336
Schillerstraße 23
Hilberstraße 23
Christen Straße 40a, Kottbuscher Platz
Telefon 1.16: Kammstr. 9, Tel. 18336

Japan-Emaille-Lack (weiß) per 1.40 kg-Dose
Firma 035, Deckweiß 035 kg, Buntfarben billigste
Farben-Telechem, Rückholzstr. 1 (Ecke Struwerstr.)
Firma-Königsstr. 15, am Weitzner-Bahnhof [w 402]

Es ist erschienen:
Der sozialdemokratische Abreißkalender 1933

In Kupfertiefdruck hergestellt. Er bringt wie üblich historische Daten aus der Arbeiterbewegung. Gute Bilder beleben den Kalender. Aus Anlaß des 100. Todestages unseres Führers Karl Marx ist die Rückwand dem Andenken dieses großen Toten gewidmet. Der Preis ist herabgesetzt und kostet **1.75 RM.** Zu haben in allen Partei- und in Gewerkschaftsbuchhandlungen

Jeder Arbeiter liest die Volkszeitung

Stollen
nur von 100 254
Kuchenjunge
besten Qualität entbehrlos
Band 66 und 71
Franz Henker
Kronen/Lampen/Gas
und Elektrisch/Brillat-
tionen [w 471]
Dresden, Kaulbachstr. 25
Fernsprecher 1491.

Familienanzeigen
erreichen nur dann
ihre Zweck wenn
sie von Freunden
und Bekannten be-
achtet und gelesen
werden. In unserer
Zeitung ist das der
Fall.

Dresdner Volkszeitung
Annahme **Fell** [w 306]
Rehefelder Str. 21.
Staubwagen
[w 306]
Rehefelder Str. 21.
Kuchenjunge
[w 254]
alle Preistagen bei
DRUCKSACHEN
DRUCKSACHEN
DRUCKSACHEN
DRUCKSACHEN
DRUCKSACHEN
DRUCKSACHEN
DRUCKSACHEN
DRUCKSACHEN
DRUCKSACHEN
DRUCKSACHEN
DRUCKSACHEN

Heilmittel und Heilmethoden
und zeigt Ihnen Wege, wie Sie auf natür-
liche Weise Hilfe bei nervösen Leiden,
Muskel- und Herzerkrankungen nervöser
Art, Gicht, Ischias, Rheuma, Beschwerden
der Wechseljahre, Arterienverkalkung usw.
erhalten können.

Nur für Erwachsene!
Eintritt ist frei!

Auswärtige Interessenten, die verhindert sind, den Vortrag zu besuchen, wollen Broschüre gegen Einsendung von 30 Pf. in Briefmarken für Porto anfordern. [w 306]
Anschrift: **Werner Girmes, Dresden, Volkshaus**

Tucher-Bräustübl
Scheffelstraße 9 — Einkehrstätte für jedermann
Die billigen, schmackhaften Hausgerichte für 50 Pf.

Montag: Nudeln in Kraftbrühe mit Ochsenfleisch
Dienstag: Schallbraten mit Kartoffeln u. Hammelfleisch
Mittwoch: Gemühtes Weikraut mit Rostkartoffeln
Donnerstag: Griesbrei mit Rohrkohl und Ochsenfleisch
Freitag: Löffelbraten mit Rostfleisch
Samstag: Reis mit Pilzen in Kraftbrühe m. Ochsenfleisch
Sonntag: Schweinekotelet mit Kartoffeln und Rostkohl
1/2 Liter Tucher-Export 50 Pf. / Kein Bedienungsgehd
Mittwoch, den 26. Oktober: [w 127]
Bockbierfest! Ausmaß des beliebtesten, wieder vorzüg-
lich gerasteten Tucher-Bockbieres

Auf Wühlischen Reste und Abschnitte

Eine unheimliche Menge verschiedener Stoffe, Muster und Maße, für jeden Bedarf geeignet. Also ein günstiger Einkauf!

Velourbarchent teilw. m. klein. Fehl., prakt. Grundfarben, mod. Druckm., [w 048]
i. Rest -95,-, 68,-

Hemdenbarchent einf. u. doppelseitig gerauht, w. b. blau u. m. farb. Streif., [w 025]
i. Rest Mtr.-35,-

Sportflanel, neue Ausm., bes. kräft. Qual., hell u. mittel-farb. Grund, [w 038]
i. Rest -65,-, 48,-

Schürzenstoffe, teilw. m. klein. Fehl., kräft. Qual., in hell u. mittelfarb. Str., [w 046]
i. Rest -95,-, 75,-

Tweed, Baumw. m. Kunstst., helle und mittlere Grundfarb., Kunstst.-Effekt, [w 045]
im Rest Mtr. 40,-

Wollstoff-Reste, ein-farb. u. gemust., in den neue. Jan. Webarten, wie Aghalaine, Bouclé, Well-Georgine, Woll-Roman, Crépe-Cadé, Diag.-Rester-sible, ganz bes. preiswert

Läufer-Reste, eingefärbt, verschie-dene Muster, gute Boucléqualit., [w 125]
ca. 67 x 80 cm

Wachstuch-Reste kräftige Barchent-qual., reichl. Must., u. Farb.-Aus-wahl, 50/100, [w 045]

Vitrage-Reste in Damast u. Körper, versch. Breit. u. Farb., nur gute Qual., [w 050]
im Rest Mtr. 40,-

Wäsche-Reste u. -Abschnitte in Wäsche-luch, Linnen, Sträuflin-ge, Damast, Rohma-s, Hemdentuch, Körper-barchent u. Handluch-Reste, Preise herabg.

Serie I Kleine Reste, teilw. mit kl. Fehl., i. Wollmusselin, Seiden-trikot angesetzt, [w 002]
i. Rest 40,-

Serie II Kleine Reste, teilw. mit kleinen Fehlern, in Sportflanz, Wasch-samt, Schürzen-stoff, Baumwoll- und Seiden-trikot an-gesetzt, [w 005]
i. Rest 40,-

Serie III Kleine Reste, teilw. mit klei-nen Fehlern, in Welline bedruckt, Schürzen-stoff, Flanelle und Wasch-samt bedruckt, [w 015]
i. Rest 40,-

Serie IV Kleine Reste, teilw. mit klei-nen Fehlern, in Welline bedruckt, Schürzen-stoff, Flanelle und Wasch-samt bedruckt, [w 025]
i. Rest 40,-

Serie V Kleine Reste, teilw. mit kl. Fehl., in Kunstst., Woll-musselin, Seiden-trikot angesetzt, Schürzen-stoff, Flanelle und Wasch-samt bedruckt, [w 050]
i. Rest 40,-

Serie VI Schiefdeck-chen-Reste, gute, m. lichte, einfarb. u. kariert, Unter-lagen, Schürzen-luch u. Topflappen zu verwenden, be-sonders preiswert

Bei Barzahlung 3% Rabatt oder 6% Rabatt in Sparmarken
Unsere Versand-Abteilung erledigt für auswärtig wohnende Kunden umgehend alle Bestellungen

RENNER
AM ALTMARKT

Brotpreise
ab 26. Oktober 1932.

1. Sorte 4 Pfund 66 Pf. [w 457]
2. Sorte 4 Pfund 64 Pf.

Arbeitgeberverband der Sächs. Mühlenindustrie
Bäckerinnung zu Dresden
Verein der Brotfabrikanten von Dresden u. Umg.
Schlüttersbrotfabrik G. m. b. H., Dresden.

Wegen Ueberfüllung auf Wunsch einmalige Wiederholung!
Der in allen Großstädten bekannte Redner **Werner Girmes** spricht im **Dresdner Volkshaus**, Schützenplatz, über:

Heilmittel und Heilmethoden

Nur für Erwachsene!
Eintritt ist frei!

Auswärtige Interessenten, die verhindert sind, den Vortrag zu besuchen, wollen Broschüre gegen Einsendung von 30 Pf. in Briefmarken für Porto anfordern. [w 306]
Anschrift: **Werner Girmes, Dresden, Volkshaus**

Stollen
selbst backen
ist leichter, [w 306]
Kuchenjunge
bäckt für Sie.

+ Ich helfe +
Damen und Herren
mit jedem Gebrechen
arbeiten u. leben! Nicht
ungenügend Einzel-
Gesundheits-
Wissenschaften
Freiberger Platz 8
Nachmittag 4-6 Uhr
Dienstag

Stempel-Walther
Eilige Stempel
Amalienstr. 21
Gr. Brüderg. 30

CONSTANTIA, Cotta
Linie 19, 20, 119 [w 200]

Morgen Donnerstag 8 Uhr
Große Reunion
Friedrichsdorf-Orchester
Damen frei! Herren 60 Pf.

Trommeln über Afrika
40 Bilder aus dem afrikanischen Urwald
350 Mitwirkende, darunter 25 Buschvölker [w 125]
Erstklass. Circus- und Variet.-Programm
Nacht-Kirtisch 2 Vorstellungen
3 und 8 Uhr
Nachmittags halbe Preise

SARRASANI

Dresdner Chronik

Schauspiel am Himmel

Die Freuden der Simelebetrachtung ist zu raten, sie einmal den Bodeker auf 4 1/2 Uhr stellen und sich das Schauspiel am Himmel ansehen; aber sie müssen sich beeilen, es muß möglichst morgen früh noch sein, denn sie haben es bis zum dritten Akt schon verpasst, und in einigen Tagen ist die eigentliche dramatische Spannung, wenigstens der Haupteffekt, schon vorbei.

Und was gibt es denn zu sehen? Zuerst auf der ganzen Breite des Himmels, was allerdings noch lange bleibt: schon dem Untergang nahe, das riesigen Sternbild des Orion mit den Sternennamen, die selber wie Juwelen funkeln: die "Kriegerin", Betelgeuse und Rigel, die aber (entweder Arabisch) nichts bedeuten als "Kopf des Riesen" und sein "Schienel"; weiter links unterhalb des Orion der ferne, weißglühende Sonne, im Großen und Kleinen im Kleinen Hund, und oberhalb rechts vom Orion der Zier mit Aldebaran; über Süd nach Osten hin die Zwillinge und dann das große Sternbild des Springenden Löwen. Aber das steht nun nur wie ein ganz zarter Hintergrund auf dem Himmel, der nachdunkel und milchiges Lichtverweil kauerhaft vereinigt, denn in diesem Sternbild zeigt die ruhig strahlende Wanderer des Himmels vermag. Rechts oben der Mond als scharfgeschnittene, weißglühende Kugel, in seiner nächsten Nähe der rötliche Mars, und dann, wenig über dem Horizont, prangend in Silberhimmel, Venus, der Morgenstern, und noch über ihm, im Längsam entfernend, der zweifelhafte Planet, Jupiter. Langsam sich entfernend: denn vor wenigen Tagen noch lagen sie in immer Umarmung, den Menschen aber verhüllt durch stürmische Wolken: der Herrscher der Welt, Jupiter, der Vater der Götter und der Menschen, und Venus, die eng um die Sonne kreisende Göttin der Schönheit und der Liebe.

Nun — und? Was ist weiter? Ein paar Sterne nahe beieinander, die sonst wohl getrennt irgendwo unter den starrstehenden Sonnen stehen? Was für Kenner und Poeten? Ich mein kein denkender Mensch, dessen Blick aus der Nacht sich empor hebt, bleibt unberührt von der feierlichen Majestät der stummen Dichter, aus enger Tierkreisbahn aneinandergerichtet auf kurze Zeit, in ihren ewigen geschlossenen Reihen einander vorbei- und durcheinanderlaufend wie Gäste in der Nacht. Es ist eine Feiertag, und doch von einer erleuchtenden Freudigkeit.

Rehet marsch!

Der Naziführer mit Kasse durchgebrannt

Einem großen Meiselfall erleben, wie und erst jetzt bekannt sind 20 jugendliche Dresdner Nationalsozialisten, die an dem Sonntag im Volksdom am 2. Oktober teilnehmen wollten. Zu ihrer Vorbereitung hatte die Reichsbahn zu dem 219 Uhr abfahrenden Zug vier Personensitze bereitgestellt. Kurz vor der Abfahrt der Züge erfuhr ein Unterführer um Gestattung des Zugbegleiters, da der vorgesehene Führer mit dem für die Beförderung der 20 Mann bereitgestellten Betrag im Auto das Bettel gesucht hatte. Da eine kostenlose Beförderung für die Bewerber Deutschlands auch auf der Reichsbahn bisher noch nicht gewährt worden ist, so betrubt nach ihrer eiterlichen Wohnung zurück, dass ein „Reich Hitler“ war in dieser Nacht nichts zu hören.

So lügen sie!

Von dem Stroh in der Hitler-Partei fuchen die Naziführer schreien, indem sie Differenzen anderer Parteien erfinden. So magt kurzlich das sächsische Aufschwamm-Blatt von dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und SPD. Das sächsische Aufschwamm-Blatt bringt gekürzt auf der ersten Seite über vier Spalten hinweg die Heberchrift: „Schärfste Kämpfe in der SPD.“; zweite Heberchrift: „Gybitzter Streit um die SPD-Mandate.“ Dazu lauten der Berliner Mitarbeiter des Freiheitstempels folgendes: „Wie weit diese Auseinandersetzungen gehen sind, zeigt uns jetzt vor allem an der Tatsache, daß bis zur Stunde innerhalb der SPD noch immer ein heftiger Kampf um die Reichswahlgesetze tobt, und daß bis jetzt nur wenige Wahlkreise das Licht der Öffentlichkeit erblicken konnten.“

Nach § 15 des Reichswahlgesetzes müssen die Reichswahlkreise am 17. Tage vor der Wahl (das ist also der 20. Oktober dieses Jahres) eingereicht werden. An diesem Tage, also fünf Tage vor dem geistigen Artikel des Freiheitstempels, hat die SPD, wie

Der gelbe Fall

Die Veruntreuungen in der Dresdner Ortskrankenkasse - Die Nazipresse und ihre Schützlinge

Wie zu erwarten war, hat die hiesige Nazipresse, der alle Dinge zum besten dienen müssen, auch wenn sie diese umlügen muß, auch geglaubt, aus den Vorgängen bei der Ortskrankenkasse etwas Wahlhönig faugen zu können. Unter der Heberchrift „Ritz-Kirchhof-Tempel“ verjudt sie die Verantwortung von den ihr naheliegenderen ungetreuen Beamten wegzunehmen und die Öffentlichkeit in den Glauben zu verlegen, daß allein die ehrenamtliche Leitung der Ortskrankenkasse die Schuld habe.

Die Nazipresse verdammt geflistlich, daß der frühere Vorsitzende Kirchhof wie auch der jetzige Vorsitzende Tempel nicht Beamte der Ortskrankenkasse sind oder waren und als solche viel weniger Einblick auf die Verwaltungsgeschäfte der Kasse haben als beispielsweise die Direktoren, die den Nazis gefinnungsmäßig viel verwandter sind als etwa den heiden Vorsitzenden.

Wir wollen die Nazipresse bei ihrem Bestreben, die Öffentlichkeit zu unterrichten, unterstützen und sie daran erinnern, daß der Beamte, der die Veruntreuungen begangen und sich erhängt hat, der Kassierer der Ortsgruppe des gelben Bundes der Krankenkassenbeamten war, der viele eingeschriebene Nazis zu seinen Mitgliedern zählt und dessen zentrale Leitung aus gesprochen nationalsozialistisch ist. Davon ist die Nazipresse bei ihrem Spitzeldienst, den ihre Organisation seit Jahren in der Ortskrankenkasse ausüben läßt, auch sehr genau unterrichtet.

Von allen Beamten der Prüfungsabteilung, die ihres Dienstes enthoben worden sind, gehört nicht ein einziger einer freigewerkschaftlichen Organisation an. Zum Teil sind sie

eingeschriebene Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei.

Keiner dieser „Pflichtgetreuen“ Beamten hat es zur gewissenhaften Ausübung seines Dienstes für nötig befunden, bei der ihnen obliegenden Nachprüfung der Rechnungen das zu tun, was für jeden einfachen Angestellten bei der Prüfung einer

Rechnung selbstverständlich ist, nämlich die dazu gehörigen Unterlagen (ärztliche Verordnungen und sonstige Belege) mit zu vergleichen. Hätten diese Beamten ihre Pflicht erfüllt, so hätten die Veruntreuungen dieses sauberen Kassierers des gelben Bundes schon früher aufgedeckt werden müssen.

Glaubt die Nazipresse, daß es Aufgabe eines ehrenamtlichen Vorsitzenden sein kann, bei jedem einzelnen der etwa 400 Beamten und Angestellten der Ortskrankenkasse die Ausübung so selbstverständlicher Dienstforderungen zu überwachen? Galt diese Vorläuferin für einen sauberen Beamtenstand eine solche bis ins kleinste gehende Überwachung ihrer Anhänger für nötig? Es scheint, daß auch jetzt noch diese alles Normale übersteigenden Verfassungen von den Nazis und ihren Anhängern verteidigt werden sollen. So hat dem Vorstand der Ortskrankenkasse, als er sich in seiner letzten Sitzung mit dem Fall beschäftigte, der Einspruch des Angestelltenrates vorgelegen, weil dieser in den jahrelangen Pflichtwidrigkeiten dieser Angestellten kein großes Dienstvergehen gesehen hat. Im Angestelltenrat sind die freigewerkschaftlichen Vertreter in der Minderheit, die Mehrheit gehört zum

Bund der Krankenkassenangestellten, der in seiner Leitung nationalsozialistisch verfaßt ist.

Der zweite Vorsitzende des Angestelltenrates ist ebenso eingeschriebenes Nazimitglied wie auch einige der ungetreuen und entlassenen Beamten. Das sind also die fähigen Hochbeamten, von denen die Nazipresse in ihrer gestrigen Nummer redet.

Wir verlangen allerdings auch, daß dieser Skandal, hervorgerufen durch die Untreue von Nazis oder ihnen naheliegenderen Beamten, ganz gründlich untersucht und die Schuldigen schmerzlos zur Rechenschaft gezogen werden.

Als Wahlmaterial wird freilich die Nazipresse die zugrunde gelegten Ergebnisse kaum verwenden können, wir haben aber versucht, ihrem kurzen Gedächtnis mit den vorliegenden, den Tatsachen entsprechenden Angaben zu Hilfe zu kommen, wenn sie den läßlichen Versuch machen will, den hochausgespeicherten Nazidred auszuräumen.

alle anderen von den Wahlkommissionen zugelassenen Parteien bereits in allen deutschen Wahlkreisen die Wahlkreisergebnisse eingereicht. Wie plump und dumm die Nazis schwindeln, geht weiter daraus hervor, daß nach § 17 des Reichswahlgesetzes am 14. Tage vor der Wahl, also am 23. Oktober, bereits sämtliche Reichswahlvorschläge eingereicht sein

Haben Sie schon Ihre Zahl?

In der letzten Nummer des „Sonntag“ war ein Preisausschreiben: „Wieviel Mandate verliert Hitler?“ Preise im Werte von 300 RM. sind bereitgestellt; der erste Preis ist 50 RM. in bar. Am Preisausschreiben kann sich jeder beteiligen, der den „Sonntag“ mit der Volkszeitung oder im Abonnement bezieht oder als Einzelnummer kauft. Die Bedingungen des Preisausschreibens sind in der letzterschienenen Nummer des „Sonntag“ enthalten.

Bestellen Sie sofort bei Ihrem Zeitungsboten

den „Sonntag“ und lassen Sie sich die letzte Nummer (24) nachbringen. Sie können sich dadurch an dem interessanten Preisausschreiben beteiligen und haben die Aussicht auf einen ansehnlichen Gewinn. Der „Sonntag“ wird allgemein als die beste illustrierte republikanische Wochenzeitung Sachsens anerkannt, seine Bezieherzahl ist in ständigem Steigen begriffen. Er kostet als Einzelnummer 15 Pf., im Monatsabonnement 50 Pf. Volkszeitungsbezieher erhalten den „Sonntag“ zum Vorzugspreise von 40 Pf. monatlich mit der Zeitung zugestellt.

Witzschublagung

1. Der Verband Sächsischer Elektrizitätswerke veranstaltete eine Sondertagung über Witzschublagungen. Der Altmeister der Witzschubforschung und Hauptredner des Tages, Prof. Dr. Toepler (Dresden), behandelte in seinem weitgespannten Vortrag über „Witzschub und Witzschublagung“ die Theorie des Gewittermechanismus und der Witzschubung mit erschöpfender Gründlichkeit. Die Gewitterhäufigkeit nimmt vom Äquator nach den Polen zu bis auf 0 ab, wo sie durch Polarlichter ersetzt werden. Abgesehen von den seltenen Wintergewittern, unterscheidet man 20 Prozent Frontgewitter und 80 Prozent Wärmegewitter; Frontgewitter bilden sich, oft in langer Zeit von den Alpen bis zum Meere, längs einer Wärmegrenze, während Wärmegewitter an bestimmte Orte, sogenannte Gewitterherde, gebunden sind. Die dabei auftretenden elektrischen Erscheinungen sind nur sekundäre Zustände aerodynamischer Vorgänge, deren Grundlage ein hinreichend rasch aufsteigender Luftstrom ist. Dieser wird an den sogenannten Inversionen bei 2, 4,3 und 6,5 Kilometer Höhe gestaut, ein Durchbruch dieser Stauung ruft Gewitter und Witzschub hervor. Deren Zentralität liegt entgegen westlichen Ansichten im Zenitverlauf fast ausschließlich in 4 Kilometer Höhe, so daß Witzschub von der Erde aus durch Witzschubleiter oder dergleichen nur in ganz geringem Maße beeinflusbar sind. Die bei Witzschub auftretenden Stromstärken schätze der Redner auf etwa 20 000 Ampere, während Prof. Binder in einem späteren Vortrag für Stromstärken von 50 000 bis 100 000 Ampere plädierte. Ueberbisse von anormaler Stromstärke, sogenannte Witzschubanten, entstammen vermutlich den Hagelstürmen, senkrechten Wolkensystemen, die bei großem Temperaturabfall auftreten.

Durch Dr. Ing. Lehmann kam sodann der Praktiker zum Wort, der über „Neue Erfahrungen mit Erdungsverbesserung zur Einschränkung der Gewitterstörungen an Hochspannungsleitungen“ berichtete. Die Elektrizitätswerke lassen mit der Witzschubläge Grundwasseradern auffuchen, die mit den Hochspannungsleitungen leitend verbunden werden, und haben mit dieser Methode gute Erfahrungen gemacht. Obwohl die Angaben der Witzschubanten in erstaunlichem Grade mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmen, wird ihre Stunde vielleicht bald geschlagen haben, da es neuerdings gelungen ist, elektrische Witzschubgeräte auszubilden, welche die auf persönlicher Verantwortung beruhenden Leistungen der Witzschubanten in exakt wissenschaftlicher Form zu reproduzieren gestatten. Prof. Ing. Kühn besprach dann den „Schutz gegen Ueberbisse durch Ueberspannungen“. Die Maßnahmen bestehen darin, daß man das Eindringen von Gewitterüberbissen möglichst verhindert, indem man sie ferner so weit herabsetzt, daß Ueberbisse nicht mehr erfolgen können, oder daß man die Ueberbisse an Stellen leitet, wo sie keine Verletzungen verursachen können.

Am Nachmittag berichtete Prof. Dr. Binder über das Verhalten von Erdungsanordnungen bei Witzschublagungen, das im 1-Mikrotonen-Vollversuchfeld der Techn. Hochschule ausprobiert wurde. Von den Blattnern und den Nadelrädern verbinden in den Boden eingegrabene Seile dort den Vorzug, wo Grundwasser nur schwer zu erreichen ist. Die neuesten Ueberbissungsschutzapparate erläuterte Dr. Ing. Kiepl und führte sie anschließend im Versuchsfeld vor, wo auch die Stoffkantenprobe nach Binder-Sehne zur Messung von Ueberbissen gezeigt wurde.

Die zahlreichen Teilnehmer nahmen von der Tagung wertvolle Anregungen und Aufklärungen mit nach Hause.

Zeugen gesucht. Am 24. Oktober, kurz nach 1 Uhr nachts, versuchte ein Autobus der Reichspost in der Nähe der Kreuzung Hübnerberg und Bernhardtstraße einen Lastkraftwagen zu überholen. Unglücklicherweise wollte eine Fahrgängerin nach vor dem Vorzug die Straße überqueren, ohne dabei den Autobus zu beachten. Die Frau wurde von dem Autobus erfasst, mißglücklich und schwer verletzt. Der Führer des Lastwagens ist noch unbekannt. Er und auch andere Personen, die von der Kriminalpolizei noch nicht gehört worden sind, werden gebeten, sich im Kriminalamt, Zimmer 78, zu melden.

Die Ermordung des Polizeihauptwachtmeisters Siefert

Sechszehn Jahre zwei Monate Zuchthaus für Schmidt - Hofmann und Abt freigesprochen

In der am Dienstag vor dem Schwurgericht Dresden gehaltenen Verhandlung, der die Ermordung des Polizeihauptwachtmeisters Siefert zugrunde lag, wurde der Hauptangeklagte Schmidt wegen qualifizierten Totschlages nach § 214 StGB. in Verbindung mit zwei Morddelikten zu der schweren Strafe von zwölf Jahren zwei Monate Zuchthaus sowie zu fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Die Angeklagten Hofmann und Abt, die lediglich der Beteiligung an einer aufgelösten Vereinigung beschuldigt waren, wurden freigesprochen. Auch im Falle Schmidt erfolgte insoweit Freispruch. Es galt hier nicht als positiv feststellbar, daß der Rotfrontkämpferbund fortbestehe.

Soweit sich die Begründung auf Schmidt bezog, sagte er, daß die Frage nach dem Tötungswillen zu bejahen gewesen sei. Der Angeklagte wollte in einem epistemischen Anfall gehandelt haben, das heißt als widerlegt. Die Begründung verweist hier auf eine Äußerung, die Schmidt nach der Tat dem Angeklagten Abt gegenüber tat und lautete: „Du schickst mich ins Gefängnis.“ Sie lasse, hieß es, auf Erinnerungsbildern im Sinne des § 214 StGB. der den Totschlag zum Zweck des Entweichens beim Betroffenen werden auf der Tat mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bedroht. Schmidt wurde lediglich die Frage nach der Ueberzeugung

der Tat. Die Erhöhung der Mindeststrafe begründete das Gericht auch mit dem Hinweis auf zwei Vorstrafen, die Schmidt wegen Waffenbesitzes bzw. Munitionbesitzes erlitten hat.

In der vorausgegangenen Beweisaufnahme war u. a. auch die Beantw. Schmidts gehört worden, die behauptete, daß er ziemlich häufig an Anfällen gelitten und sich bei einer solchen Gelegenheit auch einmal mit einem Messer verletzt habe. Der als Sachverständiger gehörte Gerichtsarzt hatte dann seinem Gutachten zugrunde gelegt, daß Schmidt an Anfällen litt, auch einen Anfall in jener Nacht für möglich gehalten, jedoch aus dem horizontalen Schlafverlauf sowie aus der erwähnten Äußerung Schmidts angenommen, daß nicht unabsichtlich geschossen worden sei.

Die Tat und ihre schweren Folgen auch für Schmidt sind gleichermäßen erschütternd. Es erscheint unbegreiflich, wie einer, der nach eigenem Wissen an Krampfanfällen krank und sich schon einmal verletzt, zur Ausführung einer Handlung, die im Grunde nur eine Uebertretung gewesen wäre, eine Schußwaffe mitnehmen kann, um ein schweres Verbrechen einzugehen. Es gibt wohl nur eine Erklärung, die nämlich, daß Schmidt das Opfer einer gefährlichen Propaganda und politischer Romantisierung geworden ist.

In unserem gestrigen Bericht mußte es im weitestlichen Abt nicht heißen: Bei dieser Gelegenheit habe er Schmidt die Waffe aus der Hand geschlagen, sondern: Bei dieser Gelegenheit habe er Schmidt, die Waffe aus der Hand genommen.

Belaufchte Vogelwelt

Am Beginn der winterlichen Folge vollstündlicher einmaliger Vorkänge plauderte Oberlehrer Werner...

Dienstverträge vor dem Arbeitsgericht

Zwei streitende Parteien sind in Annahmeverzug geraten, und der Vater wird gleich erfahren, was ein Annahmeverzug ist...

Etwas das Verbot schon uralt ist, werden in kleinen Gastwirtschaften heute noch „Hausmädchen mit Götterbedienen“ angestellt...

Aus der Ratifikation. Von der durch Zwangs Vollzug der Kreisbauplanungsstellen erfolgten Festlegung der Bürgerhäuser für 1933...

Gangbahnsmängel auf der Annenstraße. Der läbliche Verkehrsanstalt, der sich am Dienstag vor der Hauptfeuerwache...

ordentlich starkes Regengnis beobachtet werden kann, ist der Fußgängerverkehr auf der anderen Straßenseite, wo alle Häuser Wäden aufweisen, verhältnismäßig gering.

Eintrittskarten zur Majer-Wahr-Rundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß am Sonntag vormittag im Trianon...

Wassermeldebefehl. Nach den bestehenden Vorschriften ist der Wasserstand an den Beginn der jährlichen Wasserläufe...

Privatlotterien. Von verschiedenen Privatfirmen werden Klammern-Lotterien veranstaltet, zu denen Lose unentgeltlich abgegeben werden.

Aufschung im Großen Garten. Am Freitag, 25. Oktober, von 8 Uhr an finden im Großen Garten die letzten diesjährigen Aufschungen statt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß, 2. Bezirk. Herbstobernügen Sonnabend, 29. Oktober, in sämtlichen Häusern des Trianon...

Centrale Anzeigen. Wie das städtische Anzeigenamt mitteilt, werden die zentralen Anzeigen vorläufig nicht vor Mitte Oktober...

Donnerstag. Die Altstadtschulelerin Grete Bietmer trifft am Freitag, den 27. Oktober, um 11 Uhr in Berlin ein.

Schwarze Chronik

Eine Diebstahl in den Leib gefahren. Am der auf der Karlstraße in die gelehrte Einbahn der Straßenbahnlinie 6...

Todesfall eines Lehrlings. Eine in der Ostbahnstraße wohnhafte Frau fand gestern abend 11.30 Uhr bei Rückkehr in ihre Wohnung...

Wahlfahrerentfesselung. Die oft gerügte Unsitte, daß Wahlfahrer sich an fahrende Autos anhängen, hätte gestern nachmittag gegen 4 Uhr...

Ein Autounfall glücklich abgelaufen. Heute mittag kurz nach 12 Uhr fuhr ein Dresdner Personkraftwagen der Siebenlechner Straße in Richtung Kossener Straße.

umfängliche. Jetzt glaubte man natürlich, es mit sehr Scherzberichten zu tun zu haben. Zum Erstaunen aller kamen die drei Personen aus dem Wagen heraus...

W. Vom Auto überfahren. Am Dienstag abend wurde auf dem Fürstenplatz ein 54 Jahre altes Fräulein beim Überqueren der Fußbahn von einem Auto überfahren.

Vor Entführung zusammengebrochen. Auf der sibirischen Ostbahn, unweit der Südhöhe, wurde gestern in der ersten Abendstunde ein auf der Wandererschaft befindlicher, unlang der dreißiger Jahre stehender Schloßergeselle völlig entführt...

Todesfall eines Straßenbahnführers. Zu der unter dieser Überschrift von uns in der Vollzeitung vom 31. August veröffentlichten Notiz wird uns von Angehörigen des Verstorbenen mitgeteilt...

Geschäftseinbruch in Köpchenbroda. Für mehrere tausend Mark Wäsche (Anlekt, Stangenleinen, Tischtücher und Strümpfer) erbeuteten Einbrecher in der Nacht zum 25. Oktober in einem Wäschegeschäft in Köpchenbroda...

Dresdner Umgebung Ein Verbrechen im Grillenburger Wald? Von Spaziergängern ist am Sonntag im Grillenburger Wald bei der Serrententebühne, Abteilung 19, eine vollstündige Damengarderobe, ein dunkles Gröpp-be-Glänze-Kleid, sämtliche Unterwäsche und ein Bubenhalter, gefunden worden.

Wiedererblich. Gemeindefeldausbau für 1933. Der Wüstgrund für das Wirtschaftsjahr 1933 ist wieder auf 2 1/2 Hektar 1/2 Quadratmeter Kleinanbau festgesetzt worden.

Kamerad Wirtschinks großes Erlebnis

Der Raftkraftwagen ist voller Männer. Er vollert über den Marktplatz der Kleinstadt. Die Leute bleiben erschrocken stehen, da empfängt sie schon eine Salve Freiheitshufe.

hohen in einen Tunnel, steigen aufwärts zum grünen Flan der Rennbahn. Tausend Freiheitsruße flattern durch die wilde Herbstnacht. Menschenmauern sind hinauf bis in die Tafelberge gewachsen.

Sachsen

Der verschlechterte Strafvollzug

„Die Sozialdemokraten sind schuld“, sagt Dase

Die sozialdemokratische Fraktion des Sächsischen Landtags richtete an die Regierung folgende Anträge:

Anfang September 1932 ist in einer Reihe von Städten ein von der roten Hilfe herausgegebenes Flugblatt verbreitet worden, das sich mit der Verschlechterung des Vollzugs der Festungshaft und dem infolge dieser Verschlechterung eingeleiteten Hungerstreik der kommunistischen Festungsgesangenen in Kuerbach i. V. beschäftigt. Die Verschlechterung geht auf eine Vereinbarung zurück, die die Landesregierungen unter Führung des bekannten Reichsjustizministers Dr. Gürtner im August 1932 vereinbart haben (MöZ. I 1932 S. 407). Der sächsische Justizminister Dr. Mannsfeld hatte es besonders eilig, die Verschlechterung für Sachsen in Kraft zu setzen; schon am 5. September 1932 erging eine entsprechende Verordnung (Sächsisches Gesetzblatt 1932 S. 228).

Sowohl der Gefängnisvorstand in Kuerbach, der Amtsgerichtsdirektor und frühere Major Dr. M. Dr. Dase, genau weiß, daß für die Verschlechterung des Vollzugs allein der Justizminister Dr. Mannsfeld verantwortlich ist, hat er, nach der Behandlung der kommunistischen Festungsgesangenen, erklärt, die Sozialdemokraten Dr. Starke und Dr. Kaufmann, die die Strafvollzugsabteilung im Ministerium leiteten, seien für die Verschärfung des Vollzugs verantwortlich.

Wir fragen deshalb die Regierung:

- a) Aus welchen Gründen hat sie der Vereinbarung der Landesregierungen über die Verschlechterung des Strafvollzugs an den Festungsgesangenen zugestimmt?
- b) Aus welchen Gründen hat sie die Verschlechterung des Vollzugs in Sachsen vorzeitig in Kraft gesetzt?
- c) Hat sie eine Untersuchung eingeleitet, ob es sich bewahrheitet, daß der Gefängnisvorstand, Amtsgerichtsdirektor Dr. Dase in Kuerbach, den Anweisungen der Festungsgesangenen über die Verschlechterung des Vollzugs auf Befehl des Justizministers absteht, die für die Verschärfung des Vollzugs nicht verantwortlich sind?
- d) Hat sie die zum Ausgang einer etwa eingeleiteten Untersuchung den Gefängnisvorstand in Kuerbach einstellenden seines Postens entzogen?

Das Gefängnis a. D. als Nazikaserne

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat an die sächsische Regierung folgende Anfrage gerichtet:

Witte Oktober 1932 ist die Gefängnisanstalt in Zwickau i. Sa. (Schloß Ehrenstein) aufgelassen worden. Sicherem Vernehmen nach hat die Regierung die Anhalt oder Teile derselben an den von der NSDAP. ausgearbeiteten Arbeitsdienst, also an einen parteimäßig Gebundenen, vermietet.

Wir fragen deshalb die Regierung:

Welche Ermäßigungen bestimmten die Regierung, die aufgelassene Anstalt in Zwickau gerade der von der NSDAP. ausgearbeiteten Arbeitsdienst zu vermieten?

Was es seine anderen Verwendungsmöglichkeiten?

Tausendjahrsfeier in Bautzen

Die Stadt Bautzen und damit auch die Lausitz kann dieses Jahr auf eine tausendjährige Zugehörigkeit zum Deutschen Reich zurückblicken. Nach den neueren geschichtlichen Feststellungen sind die endgültige Unterwerfung der Sorben-Wenden und die Eroberung Bauzens durch Heinrich I. im Jahre 925 erfolgt. In den folgenden Jahrhunderten fand Bautzen natürlich nach gewisse Zeiten abwechselnd unter polnischer, böhmischer und ungarischer Herrschaft. Aus Anlaß der tausendjährigen Zugehörigkeit Bautzens und der Lausitz zu Deutschland plant Bautzen im nächsten Jahre vom 4. bis zum 11. Juni eine große Festwoche. Vorgesehen sind ein Festzug, in dem vornehmlich die alten Geschäfte zur Geltung kommen sollen, verschiedene Ausstellungen über Früh- und Vorgeschichte, Volkskunde, Aufbau der Lausitz, ferner eine Ausstellung, die der Verband „Lusatia“ in diesem Jahr für Pitzkau vorbereitet hatte, und schließlich eine Ausstellung der Lausitzer Wirtschaft. Film und Rundfunk sollen in den Dienst der Sache gestellt werden, und erstmalig soll auch eine Ausstellung des Fremdenverkehrs und seiner Auswirkung in der Lausitz das Bild vervollständigen. Alles in allem soll diese Festwoche eine großzügige Werbung für die Lausitz darstellen.

Aufwertungsbilanz und Tierärztekammer

Dresden, 25. Oktober. Das Gesamtministerium hat dem Entwurf einer Verordnung zur Durchführung der Abwicklung der Aufwertungsbilanz und dem Entwurf einer Tierärztekammergesetzgebung zugestimmt. Die Verordnung zur Durchführung der Abwicklung

der Aufwertungsbilanz beruht auf Artikel 1 der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Änderung der Vorschriften für die Abwicklung der Aufwertungsbilanz vom 30. September 1932, wodurch die Landesregierungen ermächtigt worden sind, zu bestimmen, daß die Aufwertungsbilanz auch noch in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 31. März 1933 mit dem Ziel des vollen Jahresbeitrages der Aufwertungsbilanz abgeleitet werden kann. Das Tierärztekammergesetz sieht die Bildung einer Berufsvertretung der sächsischen Tierärzte vor, der die Aufgabe zufällt, den tierärztlichen Beruf zu fördern, die wirtschaftliche Lage der Tierärzte ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen durch Schaffung von Wohlfahrtsvereinigungen zu heben und das Ansehen des Berufes und das gute Einvernehmen unter den Berufsausübenden zu wahren.

Die Verordnung zur Durchführung der Abwicklung der Aufwertungsbilanz wird demnächst veröffentlicht werden. Der Entwurf eines Tierärztekammergesetzes wird beim Landtage eingebracht werden.

Neuer Amtshauptmann in Rochlitz. Das Gesamtministerium hat an Stelle des kürzlich verstorbenen Amtshauptmanns Freiherrn v. Rannsbach den Vorstand des amtshauptmannschaftlichen Zweigamts Sarda, Oberregierungsrat Dr. Pusch, mit Wirkung vom 1. Januar 1933 an zum Amtshauptmann und Vorstand der Amtshauptmannschaft Rochlitz ernannt.

Wohlfahrtsbriefmarken. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium teilt mit: Die am 1. November 1932 zur Herausgabe gelangenden Wohlfahrtsbriefmarken können durch sämtliche dem Gesamtverband der Inneren Mission, dem Caritasverband für die Diözese Meißen, dem Landesauschuß für Arbeiterwohlfahrt Sachsen, dem Kreis der Wohlfahrtsvereine, der Christlichen Arbeiterhilfe, dem Sächsischen Roten Kreuz und der Landeswohlfahrtsstelle des Sächsischen Staatlichen Gemeindeverbandes angehörigen Vereine und Verbände bezogen werden. 80 Prozent des Wohlfahrtsaufschlages kommen den örtlichen Vereinswohlfahrtszwecken zugute.

Umfangreiche Arbeiterneueinstellungen in der Steinindustrie. In der Granitsteinindustrie in Zwickau ist eine wesentliche Verbesserung in der Beschäftigung eingetreten. So erhöhte die Sächsische Granit AG., vorm. G. G. Kunath, ihre Beschäftigung von 400 auf 850 Mann und die Firma Karl Spornmann u. Co. von 200 auf 750 Mann. Zwei Drittel der Arbeiten sind Staatsaufträge.

Taubenheim. Vermißt. Seit etwa acht Tagen wird hier die in den vier Jahren lebende Ehefrau des Vätermeisters H. vermißt. Sie war nach Meißen gefahren, von wo sie nicht mehr zurückgekehrt ist. Alle Nachforschungen über den Verbleib der Frau sind bisher ergebnislos geblieben.

Leurer Butterfriede

Der Abschluß der Butterkontingentsverhandlungen wird in den amtlichen Mitteilungen als Wiederherstellung des Butterfriedens ausgegeben. Das dürfte nicht ganz zutreffen. Tak die schädlichen Auswirkungen des Butterkrieges für unseren Warenexport in den betroffenen Ländern nicht verschwinden, dafür sorgt ja die gegenwärtige Regierung allzu reichlich, indem sie an ihrer abenteuerlichen Kontingentspolitik festhält.

Anfang dieses Jahres wurde gleichzeitig mit einer Steigerung des Zolls die Einfuhr von Butter kontingentiert. In einem tragbaren Jolch sollte jedes Land nur noch 5000 Tonnen einführen dürfen. Die Hauptlieferanten bei dieser Einfuhrbeschränkung waren naturgemäß die Länder, die bisher mehr als 5000 Tonnen nach Deutschland importierten. In erster Linie wurden Dänemark, das 1931 31 000 Tonnen, und Holland, das 16 000 Tonnen nach Deutschland eingeführt hatte, betroffen. Die Folge dieser maßlosen, lediglich die Agrarinteressen vertretenden Politik war, daß die betroffenen Länder die Einfuhr an deutschen Industrieerzeugnissen einschränkten. So konnte unsere Exportindustrie im ersten Halbjahr 1932 nur noch Waren im Werte von 60 Millionen Mark nach Dänemark ausführen, während sie im ersten Halbjahr des Jahres 1931 noch für 184 Millionen Mark exportierte. Selbstverständlich ist die Ausfuhr auch durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise eingeschränkt worden, aber in bedeutend geringem Umfang. Während der deutsche Export nach allen europäischen Staaten um 36 Prozent zurückging, ist der Export nach Dänemark um 52 Prozent gesunken.

Das Ziel der deutschen Exportindustriellen ging dahin, eine Abschwächung der Butterkontingentsregel durchzusetzen. Darob erhob sich ein großes Geschrei in der agrarischen Presse. Dieser Krieg der Interessenkollisionen ist jetzt beendet. Die Exportindustrie hat eine Beilegung der Buttereinfuhr durchgesetzt.

Es werden künftig 55 000 Tonnen Butter zur Einfuhr zugelassen werden. Dieses Kontingent wird auf die Butterexportländer nach ihrem prozentualen Anteil an der gesamten deutschen Buttereinfuhr im Durchschnitt der letzten drei Jahre verteilt werden. Außerdem ist mit Finnland ein einheitlicher Zoll von 75 M. vereinbart worden, der auch für die Ein-

Gegen PAPAN THÄLMANN HITLER

Für sozialistische Volkswirtschaft

LISTE 2

fuhr aus allen Ländern gelten soll, die mit uns einen Freihandelsvertrag abgeschlossen haben. Die Zollfreiheit bedeutet eine Niederlage der Landwirtschaft; denn diese bezahmt einen Zollerlös von 100 M. Jammern ist aber auch nach der Zoll von 75 M. höher als die durchschnittliche bisherige Belastung der Einfuhr, die ungefähr 60 M. betrug. Begrüßenswert ist ferner, daß künftig die bisherigen wichtigsten Butterimporteure Dänemark und Holland, die gleichzeitig die besten Käufer unserer Industrieerzeugnisse sind, besser behandelt werden als bisher. Dänemark wird 17 500 Tonnen nach Deutschland ausführen können und Holland 11 000 Tonnen. Das bedeutet für beide Länder eine Steigerungsmöglichkeit ihres Exports; denn, auf das ganze Jahr berechnet, haben sie 1931 11 400 bzw. 5700 Tonnen nach Deutschland importiert.

Hebe gegen ein Arbeiterunternehmen

Von der „Europa“ — Arbeiterbedarf und Papier G. m. b. H. — wird ausgeschrieben:

„Daß dem Privatkapitalismus die Eigenunternehmung der freien Arbeiterbewegung ein Dorn im Auge ist, und daß an allen Werten gegen eben diese Eigenunternehmungen gepöbelt wird, beweist wieder einmal das Rundschreiben 732 des Reichsverbandes des Büromaschinen- und Büromittelhandels, G. V. Dieser Verband, dem die größte Anzahl der Büromaschinen- und Büromittelhändler angehört, beklagt sich darüber, daß der Hochstand durch die Tätigkeit der „Europa“ in „Europa“ ein Eigenunternehmen der freien Gewerkschaften erheblich geschädigt würde und bereits einen großen Teil der Aufträge der Gewerkschaften und der Anwaltschaft verloren habe. Er wünscht, daß der Geschäftserfolg mit der „Europa“ zu vermindern sei und behauptet, daß, nachdem sich die politische Situation bei der Reichsregierung geändert habe, der Reichsarbeitsminister endlich seine Bereitwilligkeit erklärt habe, den Anwaltschaften auf dem Wege über die Aufsichtsbörden nachzugehen, den Geschäftserfolg mit der „Europa“ abzubauen, sofern es geringe, den Hochstand zu erbringen, daß die „Europa“ ihre Geschäfte nur durch ihre politischen Tendenzeinstellung erziele.“

Dieser neuerliche Angriff zeigt sich würdig dem vielen anderen Versuchen an, die der Privatkapitalismus im Laufe der letzten Jahre zur Befreiung der freien Wirtschaftsunternehmungen unternommen hat. Es geht ihm dabei nicht nur um dieses ein Unternehmen, denn man hat schon früher eine sehr offene Straße gerodet.

Aber das wird den Herren nicht gelingen! Gerade die „Europa“ hat ihre geschäftliche Werbung schon von sehr viel darauf abgestellt, daß sie als Eigenunternehmen der freien Arbeiterbewegung besonderen Vorzug verdienen, sondern sie hat bei allen Gelegenheiten betont, daß sie nur auf Grund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gegenüber den privatkapitalistischen Bürokonzernen ihre Geschäfte abschließen will; wir wissen auch ganz genau, daß die Unternehmung aller auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebauten Unternehmungen der modernen Arbeiterbewegung die Aufgabe eines jeden Gewerkschaftsfreundes ist. Wir sind stolz darauf, unsere Eigenunternehmungen zu der heutigen Entwicklung zu haben, so daß sie jetzt einen Wachstumsfaktor in der Wirtschaft darstellen. Wir sind aber auch nicht geneigt, uns diese Entwicklung zu lassen, und richten deshalb erneut den Appell an unsere Freunde, unsere Eigenunternehmungen zu unterstützen und sie dadurch schlagkräftig zu erhalten.“

Politisches Kabarett

Der wahre Grund der Arbeitslosigkeit: Weil die Fürsten arbeitslos wurden!

Im „Neulandblatt“, Halbmonatsschrift für christliche Christen, für soziale Gestaltung, für wahres Deutschland, für mutige Tat, herausgegeben von Guido Diehl, Nr. 3/1932, hat Herr Stefan Otto Scriba aus Eisenach endlich den wahren Grund der Arbeitslosigkeit. Er schreibt:

„Wir haben unsere von Gott gegebenen Fürsten abgesetzt, haben die Häupter arbeitslos gemacht, daß sie nicht mehr, wie sie es gewohnt waren und wie sie es pflichtgemäß getan haben, zum Wohle ihres Volkes wirken durften. Und nun wundern wir uns, daß unser Volk eine solche Not erleiden muß, wie sie die Arbeitslosigkeit uns vor die Augen stellt. Ein Volk, das kein Haupt (gemeint ist der frühere Kaiser Wilhelm I.) zur Arbeitslosigkeit verdammt, kann sich nicht wundern, wenn als Gottes Antwort auf solche Tat die Arbeitslosigkeit von Millionen folgt.“

Aber weil Wilhelm der Götterknecht im alten Deutschland bekanntlich immer arbeitete, darum gab's damals weniger Arbeitslose. Warum geht Stefan Scriba nicht zum Kabarett? Er hat dort bald eine Kanone!

Neues aus aller Welt

Hinges „Denkzettel“

Berlin, 25. Oktober. (Sig. Ver.) Das Befinden der durch Revolberattentat schwer verletzten Berliner Opernsängerin Gertrud Vindernagel ist noch immer sehr ernst. Der Vater, Frau Vindernagel, Panzer und Hauptmann a. D. Hinges, behauptet jetzt, daß er seiner Frau nur habe einen „Denkzettel“ beizubringen wollen. Außerdem versucht er seine Handlung als Affektat unter alkoholischen Einfluß zu erklären. Aussagen von Zeugen widersprechen dieser Darstellung. So wird jetzt auch bekannt, daß Hinges während der „Siegfried“-Vorstellung, in der Gertrud Vindernagel die tragende Rolle der Brünhilde sang, plötzlich hinter den Kulissen erschien, jedoch durch Bühnengehörige, die von dem Jermwürfnis zwischen den Ehegatten wußten, verhindert wurde. Hinges selbst bestreitet entschieden, daß er die Absicht hatte, seine Frau auf offener Szene zu erschlagen.

Das Drama im Busch

Eine tropische Nachwirkung hat die Erstellung der deutschen Pilzen Pertram und Klausmann, die, wie erinnerlich, ein günstiges Geschick in letzter Stunde dem Hungerkrisen im australischen Busch entziffen hat. Pertram ist vollkommen wiederhergestellt und hält in den größeren Städten Australiens Vorträge über seine Erlebnisse. Klausmann aber scheint bedeutliche geistige Schädigungen davongetragen zu haben; er fährt mitre Neben, erkennt seine Freunde nicht usw. Ärzte beobachten ihn.

Rückkehr aus dem Eis

Am Dienstag ist an Bord des dänischen Dampfers „Lordenstol“ die unter Leitung von Dr. Franz Seehnde Grönland-Expedition nach Hamburg zurückgekehrt. Unter den Begleitern Dr. Fand's waren Dr. Sorge, der wissenschaftliche Leiter der Expedition; der Pilot Ernst Udel, der bei der Expedition zwar zwei Flugzeuge, aber nichts von seinem Wagnis verloren hat; ferner die Schnee- und Eis-Schaupielerin Leni Riefenstahl.

Sühne

Das Frankfurter Schwurgericht verurteilte den 33jährigen Mechaniker Abel Schäfer wegen Totschlags zu zehn Jahren Zuchthaus mit Aussicht auf bedingte Vergnügung nach Verbüßung eines Teiles der Strafe. Schäfer hat seinen Vater erschossen, von dem er sich angeblich bedrückt fühlte. Die Leumundauslagen waren sehr gering.

Die Mörder in der NSDAP.

Stendal, 25. Oktober. (Sig. Trakt.) In Stendal wurde am Dienstag die 25 Jahre alte Ehefrau des Bauers Karl Jalas ermordet aufgefunden. Der Leichnam, der in einem verdeckten Brunnen schwamm, wies zahlreiche Stiche auf. Der Ehemann der Ermordeten, der allem Anschein nach das Verbrechen verübte, ist flüchtig. Bis vor kurzem war Jalas eifriger NSDAP-Mann; nach heute ist er Mitglied der NSDAP.

Gebt für das Freiheitsopfer!

Wärdest du heute ohne Rot 50 Pf. sparen, wenn du wüßtest, daß du dadurch 500 M. Schaden hättest?

Nein! — Aber wenn du heute ein kleines Freiheitsopfer „sparrst“, wirst du es morgen durch niedrigeren Lohn und höhere Steuern, niedrigere Unterhaltungen und höhere Lebensmittelpreise teuer büßen müssen.

Coffere heute Sparnisse, um ungenutzte Marktpfand zu sparen!

LEBEN+WISSEN+KUNST

43. Jahrg. — Nr. 252

BEIBLATT DER VOLKSZEITUNG

Mittwoch, den 26. Oktober

Kleiner Mann was nun?

Von HANS FALLADA

Copyright 1932 by Rowohlt-Verlag, Berlin

59

„Rein“, sagt Binneberg zu sich, „neh, es geht ja nicht. Wer es ist nicht richtig, richtig ist das keinesfalls.“

Er tritt auf den Flur, er legt seinen Koffer hin und wartet. Die Herren mit den Autos sind schon verschwunden. Jeder sind sie längst bei ihren Frauen. Binneberg steht da und wartet. Wenn er eine Schwester anspricht, sagt sie hastig: „Guten Augenblick. Sofort.“ Und läuft weiter.

Eine Erbitterung steigt in Binneberg auf, er weiß, er hat unrecht, die Schwedern haben sicher keine Ahnung, wer mit dem Auto kommt und wer ohne, aber haben sie wirklich keine Ahnung? Warum steht er noch hier? Er dürfte hier nicht mehr stehen. Ist er weniger als die anderen? Ist sein Dummsein weniger? O Gott, verflucht, er ist ein Idiot, doch er ja denkt, es ist ja alles Quatsch, sie machen gar keine Ausnahmen, aber seine Freude ist weg. Er steht da und sieht fröhlich vor sich hin. So fängt es an, und so wird es weiter, denn es ist ja ganz umsonst, daß man denkt, ein neues, besseres, sanfteres Leben fängt an, es geht immer so weiter wie bisher. Er und Vännchen sind es ja schon gewohnt, aber soll es mit dem Wurfel auch so werden?

„Sofort. Gleich. Ich muß nur...“
Weg. Fort. Na ja, es ist schon alles egal, er hat einen Tag Urlaub, den er gern mit Vännchen verbringen möchte, er kam ja ruhig hier bis zehn oder elf stehen, es kommt nicht darauf an; was er möchte, ist nicht wichtig.

Herr Binneberg! Nicht wahr, Herr Binneberg? Bitte, den Koffer. Wo ist der Schlüssel? Schön. Sie gehen jetzt aus, gehen gleich zum Verwaltungsgebäude rüber und holen sich die Papiere. Unterdessen zieht Ihre Frau sich an.

„Schön“, sagt Binneberg, nimmt seinen Zettel und marschiert los.

Die werden einen auch wieder hübsch kriegen, denkt er in seinen Koffer. Aber er irrt sich, es geht alles ganz glatt, er bekommt seine Bescheinigungen, er unterschreibt etwas und ist schon fertig.

Dann steht er wieder auf dem Gang. Die Autos warten noch immer. Und nun sieht er Vännchen, noch sehr unvollständig bekleidet läuft sie von einer Tür zur anderen und winkt ihm rasiert und strahlend zu: „Guten Tag, mein Junge!“

„Gut ist sie. Guten Tag, mein Junge! Nun, Vännchen, bleibt jedenfalls immer die alte, das Leben mag noch so drauf sein, sie strahlt, sie winkt mit der Hand: Guten Tag, mein Junge!“

Also er steht da, er wartet. Nun stehen schon mehr Männer hier, sie warten, es ist natürlich alles in schönster Ordnung, er ist nicht benachteiligt worden, schön dumm sind die doch sie ihrer Autos so lange warten lassen, ihm täte es leid, das Geld so rauszuerwerfen. Die Väter unterhalten sich:

„No, jetzt ist es gut, daß ich meine Schwiegermutter im Hause habe. Die macht meiner Frau alle Arbeit“, sagt ein Herr.

„Wir haben ein Mädchen. Das kann die Frau ja gar nicht alles machen, mit so einem kleinen Kind und nach der Entbindung.“

„Erlauben Sie“, sagt ein fetter Herr mit Brille eifrig, eine Entbindung ist für eine gesunde Frau gar nichts, die ist nur auf für sie. Ich habe meiner Frau gesagt, natürlich kommt ich dir in Hilfe halten, aber das macht dich nur schlaff. Du erholst dich um so schneller, je mehr du zu tun hast.“

„Ich weiß doch nicht...“ sagt ein anderer höflich.

„Aber klar, klar, klar“, behauptet der Brillenträger, „ich hab gehört, auf dem Land, da kriegen sie die Kinder und neben den anderen Morgen gleich wieder in die Geuernte. Wie andere ist Verweidlichung. Ich bin jetzt gegen diese Geime. Wenn Tage ist meine Frau hier und der Arzt wollte sie noch nicht gehen lassen. Bitte, Herr Doktor, habe ich gehört, das ist meine Frau, über die bestimme ich. Was glauben Sie, was meine Vorväter, die Germanen, mit ihren Frauen gemacht haben! Na, er wurde mächtig rot, seine Vorväter sind jedenfalls keine Germanen gewesen.“

„War die Geburt bei Ihrer Gattin schwer?“

„Schwer? Mein Lieber, ich sage Ihnen, die Ärzte waren fünf Stunde bei meiner Frau, um zwei Uhr nachts haben sie noch den Professor geholt!“

„Meine Frau ist auch ziemlich eng. Es ist ja schon das dritte, aber sie ist noch immer so eng. Aber die Ärzte haben gesagt: diesmal, gnädige Frau, ist es gerade noch gegangen, aber das nächste Mal...“

„Haben Sie eigentlich auch so viel Druckfaden zugehängt bekommen wegen der Geburt?“ fragt wieder einer.

„Ja, schrecklich, die reine Verleumdung. Kinderwagenprospekte, Kindermehl, Malzbier.“

„Ja, einen Gutschein auf drei Flaschen Malzbier habe ich auch gekriegt.“

„Das soll blendend für die Frau sein, das schafft Milch.“
„Ich würde meiner Frau kein Malzbier geben. Das ist doch Alkohol.“

„Wieso, Alkohol? Malzbier ist doch kein Alkohol?“
„Aber natürlich!“

„Bitte, haben Sie im Prospekt die ärztlichen Gutachten gelesen, wie die das empfehlen?“

„Ach, Gutachten, wer gibt denn heute was auf Gutachten? Meine Frau kriegt kein Malzbier.“

„Ich hole meine drei Flaschen, und wenn meine Frau nicht will, trink ich sie selber aus. Spart einen Schoppen.“
Die Frauen kommen.

Hier geht eine Tür auf, und da geht eine Tür auf, sie kommen, längliche weiße Pakete im Arm, drei Frauen, fünf Frauen, sieben Frauen, alle mit dem gleichen Paket und alle mit dem gleichen, etwas zerknüllten weichen Lächeln auf den blauen Gesichtern.

Alle Männer sind still.
Sie sehen ihren Frauen entgegen. Ihre eben noch so selbstsüchtigen Mienen werden etwas ungewiß, sie machen ein Schrittchen und bleiben wieder stehen. Jetzt können sie sich schon untereinander nicht mehr. Sie sehen nur auf ihre Frauen, auf das längliche Paket in ihrem Arm. Sie sind alle sehr verlegen. Und plötzlich sind sie sehr laut und lärmend um ihre Frauen besorgt. „Aber, guten Tag. Nein, laß mich doch. Du siehst glänzend aus! Kräftig erholt! Glaubst du, ich könnte ihn nicht tragen? Na schön. Wie du meinst. Aber jedenfalls den Koffer. Wo ist denn der Koffer? Wieso ist der so leicht? Ach ja, natürlich, ihr habt ja alles an. Wie geht es denn mit dem Laufen? Ein bißchen was, was? Ich habe ein Auto drauhen. Wir werden es schon kriegen. Wird er staunen, der kleine Kerl, wenn er im Auto fährt. Kent er doch noch nicht. Davon merkt er noch nichts? Das sag nicht. Man hört jetzt so viel von den verdrängten Arbeitserinnerungen aus der allerersten Zeit, vielleicht sind es ihm doch Spaß...“

Und unterdes steht Binneberg neben seinem Vännchen und sagt nur: „Daß du wieder da bist! Daß ich dich wieder habe!“

„Mein Junge“, sagt sie, „freust du dich? War es schlimm, diese elf Tage? Nun ist es ja vorbei und ausgestanden. Oh, wie ich mich auf unter kleines Heim freue!“

„Es ist alles fertig, alles in Ordnung“, sagt er strahlend. „Du sollst leben. — Willst du laufen? Oder soll ich ein Auto...“

„Wo! Warum denn ein Auto? Ich freue mich auf den Weg in der frischen Luft. Und wir haben ja Zeit, du hast doch Urlaub, nicht wahr?“

„Ja, heute habe ich Urlaub.“

„Na also, gehen wir ganz langsam. Fok mich unter.“
Binneberg folgt sie unter, und sie gehen auf den kleinen Platz vor dem Heim, wo die Autos schon knattern. Und langsam, langsam gehen sie den Weg bis zur Eingangsvorhalle, die Autos preschen an ihnen vorbei sie gehen Schritt um Schritt. Es macht nichts, denkt Binneberg, ich hab euch ja reden hören, ich weiß Bescheid, es macht nichts, daß wir kein Geld haben.

Fortsetzung folgt

„Verklagen Sie den Burschen!“

Von Philipp Scheidemann

Saum ein Tag vergeht, an dem der Postbote bekannteren Genossen nicht Briefe ins Haus bringt, die die Aufforderung enthalten, den Nazi Schweineweiber zu verklagen, weil er dies und jenes behauptet hat, aber einen Prozeß anzuzutreten gegen die Naziblätter „Das heulende Weib“ und „Die lahme Ente“, weil sie allerlei Schimpfereien gedruckt haben. Solchen Ansprüchen in allen Fällen Folge zu leisten, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Man kann sich ab und zu einen besonderen Frechheits herausgreifen, um ein Exemplar zu statuieren; jedes Klumpchen verklagen — das würde einen Geld- und Zeitaufwand bedeuten, der nicht beantwortet werden kann.

In wenigen Beispielen soll das gezeigt werden. Gegen den verantwortlichen Redakteur eines Hakenkreuzblattes wurde auf Wunsch einer Parteipersonal Klage erhoben. Das Blatt kündigte daraufhin durch alle Länder der Welt, in denen deutsche Zeitungen erscheinen, sensationelle Verhandlungen an. Die Verleumdungen wurden zunächst als „mit genauer Duelle-angabe“ durch die ganze Welt weiterverbreitet. Kein Wunder also, daß die Hege gegen den Kläger von Tag zu Tag immer intensiver wurde. Eines Tages befand sich unter den ihm eingeschickten Blättern mit den hakenkreuzförmigen Schimpfereien auch der Arwaldbote (das ist wirklich kein Scherz), ein südamerikanisches Blatt, das in deutscher Sprache erscheint. Und was war aus diesem Arwaldboten zu erfahren? Er enthält eine Aufforderung des verklagten Naziblattes, selber zur Durchführung des Prozesses zu sammeln, den der novemberverbrecherische Nazi gegen das Hakenkreuzblatt angestrengt hatte.

Wie alles in der Welt, so nahm auch der Prozeß nach etwa zwei Jahren ein Ende. Und was war das Ergebnis? Der verklagte Redakteur erklärte und mußte in seinem Blatt veröffentlichen, — er bedauere und bitte den Kläger um Entschuldigung, — denn nichts von allen aufgestellten Behauptungen könne er anfruchtbarhalten, geschweige denn auch nur im entferntesten beweisen...

Der Beschäftigte verpflichtete sich außerdem zu einer Bußzahlung. Abgesehen von wenigen Blättern druckte keine der Zeitungen, die die Klage verbreitet hatten, das Endergebnis des Prozesses ab. In den Köpfen der Leser (vielleicht Tausender von Zeitungen) hatten die niederträchtigen Verleumdungen sich aber längst als „Tatsachen“ festgesetzt.

Zwei weitere Fälle, die ziemlich glatt verliefen: In einer thüringischen Stadt redete ein Nazi den Anführer nach, den er, wie er später zu seiner Entschuldigung vor Gericht sagte, in irgendeiner Zeitung gelesen hätte. Da er für seine Schmeichelei nicht die Spur eines Beweises erbringen konnte, wurden ihm drei Monate Gefängnis aufgebremst. Da er sich als vollkommen mittellos erwies, sind dem Kläger noch allerlei Kosten erwachsen.

Noch ein Fall. Ein nationalsozialistischer Mittelbeamter schimpfte auf den gleichen Genossen. Ganz nebenbei, nicht erregt im Bürohaus, nicht aufgeregt in einer Versammlung; nein, so ganz nebenbei verächtlich er den Wirtmenschen, den viele für vogelfrei halten. Das Gericht hatte auch in diesem Falle keine Tage; drei Monate Gefängnis. Nun geht aber das Zusammen der verurteilten Verleumder an; er beschwört den von ihm Verleumdeten, den Straf Antrag noch zurückzunehmen, bevor das Urteil rechtskräftig werde; denn wenn er ins Gefängnis müße, so bedeute das den Ruin seiner ganzen Familie. Das er mit seinen gewinnlosen Schwadronen die Ehre eines Wirtmenschen zu ruinieren bereit war, ist ihm wohl bis zum heutigen Tage noch nicht zum Bewußtsein gekommen.

Noch ein Beispiel. Eine besonders böswärtige Verleumdung wird festgesetzt: es ist die Verleumdung des „Landesverrats“ ausgeprochen. Also Klage. Vollständiger Zusammenbruch des Verleugers und der von ihm ausgesprochenen Verleumdung. Der Staatsanwalt beantragt sechs Monate Gefängnis. Der Nazianwalt will Zeit gewinnen, denn er sieht in der Ferne die von der Kommunisten erstrebte Amnestie. Er beantragt Verlegung und will in dem neuen Termin als Zeugen geladen wissen unter anderem den französischen Generalfeldmarschall Foch, den französischen Kriegsminister und ähnliche keine Leute. Diese Anträge nimmt er schließlich zurück, nachdem der Gerichtsbescheid darauf hingewiesen hatte, daß er leider keine Nachmittel habe, die Erfüllung der beschiedenen Wünsche zu erzwingen. Nun bestand der Advokat des Verklagten darauf, daß vier Mitglieder früherer deutscher Regierungen als Zeugen erscheinen müßten. Diesem Antrage wurde stattgegeben. Wegen einer mehr als sinnlosen Verleumdung müssen nun vier im öffentlichen Leben stehende Männer, die ausnahmslos mit Arbeit überlastet sind, die Reise zu dem zweiten Termin antreten. Die Hin- und Rückreise nach der Stadt, in der der Prozeß stattfindet, nimmt in den schlauesten Fällen sechs- undzwanzig Stunden in Anspruch. Dazu kommen die Fahrten nach und von der Bahn, die Verhandlungsdauer selbst sowie das Übernachten. Wenn alles gut geht, so sind das 48 geopferte Stunden, ganz abgesehen von den entstandenen Kosten.

Können unsere Freunde jetzt verstehen, warum man nicht gegen jeden Lumpenklagen kann? Selbstverständlich liegt es oft im Interesse der Partei, besonders böswärtige Burschen am Ohr zu nehmen. Die Genossen sollten im übrigen darüber nachdenken, ob nicht in vielen Fällen das Abgefürgte Verfahren in Anwendung kommen kann, das hier zum Schluß geschildert werden soll. Ein Genosse aus Saan-Wänden besuchte gelegentlich einer Geschäftsreise in eine größere Nachbarstadt ein dortiges Café. In einem Nachbarische sah ein „seiner Herr“ mit Monatel und schimpfte auf die Sozialdemokraten im allgemeinen und einen parteigenösslichen Landrat im besonderen. Nachdem unser Freund aus Wänden die Schimpferei eine Weile unbeachtet gelassen hatte, ging er an den Tisch des „seiner Herrn“ und sagte: „Ich gähle jetzt bis drei; wenn Sie bis dahin nicht Ihre Verleumdungen zurückgenommen haben, kriegen Sie eine Wappfelle.“ Da der „seiner Herr“ die Zeit mit abstrusen Einwänden verstreichen ließ, lag er in dem Augenblicke, als das „Tempo vier“ hätte fallen können, schon neben dem Stuhl. Sein Monatel war bis ans Wästel geflogen, die Wappfelle aber, die ihn zu Boden krachte, hat ganz bestimmt mindestens 24 Stunden lang auf der linken Wangen festgekleben. Nur noch zwei Worte hat der „seiner Herr“ dann zum Lokal über die Lippen gebracht, nämlich diese: „Ober, ...“

Erstes Bild von der deutschen Himalaja-Expedition

Blick vom Lager 4 gegen Karalocum. Im Vordergrund die Gipfelfeile des gigantischen Himalaja-Gebirges. Noch mühseligem monatelangen Anmarsch und Aufstieg mußte die deutsche Himalaja-Expedition 1932 kurz vor Erreichung ihres Zieles, des 8120 m hohen Ranga Parbat zurückzuleben, da sich die Unmöglichkeit eines weiteren Lebensmittelnachschubs herausstellte. Man will im Frühjahr nächsten Jahres wiederum den Versuch machen, den Berggipfel zu bezwingen, der wie alle 18 Hauptgipfel des Himalaja-Gebirges noch unerschritten ist.



Um die Freiheit!

Gegen Feudalismus und Faschismus - Von E. Aufhäuser, M. d. R.

Das Reichsparlament ist von derselben Regierung kurz hintereinander zweimal aufgelöst worden; einmal, weil im alten Reichstag angeblich zu wenig „aufbauwillige“ Nazis saßen, und dann wieder, weil es Hugenberg zuviel geworden waren. Die Präsidentschaft, wie sie sich der jüngste „Demokrat“ Göring bei der Reichstagsauflösung geleistet hatte, und die Wahlpropaganda, wie sie nach der Auflösung von den Harzburger Rebellen gegen die Harzburger Herren geschickt wird, können bei der Wählerkraft den Eindruck machen, als ginge es am 6. November ausschließlich um das Ringen zwischen Papen und Hitler. Die Nationalsozialisten bezeichnen, daß ihnen bei der Wahl das durch die kapitalistische Offensive Papens angelockte Kleinbürgertum wegschwimmen wird. Sie konzentrieren daher ihre mit geistigen Anleihen an eine sozialistische Gedankenwelt gewandte Wahlpropaganda auf die Arbeitnehmerschichten. Der Nazifeldzug unter den Arbeitern und Angestellten kommt einer

Mobilisation der politischen Dummheit

gleich. Wenn Proletarier den Mattenfängermelodien (Seebels) folgen sollten, sie müßten sie schon zu den ariffig Entarteten gehören. Es soll in Vergeßlichkeit geraten, daß das herrschende Reichskabinett auf dem Rücken der irreführenden Nazimänner zur Staatsmacht emporgestiegen war, und es wird verdammt, daß nach dem 6. November bei der Reaktion die Notwendigkeit besteht, mit der durch die Wahl gebildeten Hitler-Partei die längst ererbte Einheitsfront Papen-Schleicher-Hugenberg herzustellen. Schon jetzt erscheint die Deutsche Allgemeine Zeitung:

„So kann es nur noch einige Wochen weitergehen. Die Reichstagen werden sich nicht mehr verschieben, und das ganze Volk wird ebenso aufatmen, wenn der Wahltag vorüber ist. Dann aber darf keine Minute mehr gespart werden mit der Schaffung einer weiten Vertrauensbasis für die Reichspolitik, die durch die Parlamentarier vorbereitet werden muß.“

Das Scheinrecht, das der Faschismus augenblicklich gegen den Feudalismus vorweist, darf die breiten Massen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der geschichtliche Sinn dieser Reichstagswahl ein tieferer sein muß. Die streitenden Kräfte sind einzig im Willen zur Vernichtung des „Marxismus“, d. h. der Entmachtung und Entrechtung des schaffenden Volkes.

Die der September-Verordnung gegebene Heberschrift „Förderung der Wirtschaft“ ändert nichts an der Tatsache, daß der Kanzler die Absicht hat, mit Steuererhöhungen an den Lohn und Lohnbeiträgen der Arbeiter und Angestellten, alle mit einer verpesteten kapitalistischen Offensive die privaten Betriebe auf Kosten der Massen zu retten. Mit ausgesprochen staatswirtschaftlichen Hilfsmitteln soll die „freie Wirtschaft“ erhalten werden. Das gewagte Experiment hat bisher völlig versagt. Der organisierte Widerstand der Beschäftigten und die Befürchtung der Unternehmer gegenüber einer unübersehbaren Verlagerung der Konkurrenzverhältnisse waren härter als der Wille einer „autoritären Staatsführung“. Die letzten amtlichen Hinweise auf das „Zinsen“ der Erwerbslosigkeit bedürfen der Verichtigung. Im Rückgang um 123 000 Erwerbslose sind Tausende von Personen nicht berücksichtigt, die seit der Juni-Verordnung ihrer Unterstützung beraubt und nicht mehr gezahlt werden. Selbst das Institut für Konjunkturforschung schätzt, daß etwa 2 Millionen Erwerbslose von der amtlichen Zählung nicht mehr erfasst werden können.

Wirtschaftlich und außenpolitisch hat der neue Herren-

kurs im Reich Deutschland wiederum in die Gefahrenzone einer Isolierung von der Welt gerückt. Innerpolitisch und sozialpolitisch feiert das industrielle und agrarische Schlaraffenland den Triumph. Die Arbeiter und Angestellten sollen auf die Hungerlinie herabgedrückt werden, und die Waffe ihres kollektiven Arbeitsrechts soll ihnen mit Artikel 48 aus den Händen genommen werden.

Es geht aber nicht nur um den Lohn, sondern ebenso sehr um die Grundrechte der deutschen Arbeiterklasse. Der Eingriff in das Tarifrecht und in die Unabhängigkeit ist mit den demokratischen Grundbegriffen der Verfassung, wie sie im Artikel 166 festgelegt waren, nicht mehr in Einklang zu bringen. Neuerdings ist die Reichsregierung darüber hinaus in Erwägungen eingetreten, für die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe den Entlassungsbeschluß des Betriebsrätegesetzes abzubauen.

Die Sozialrentner und Gewerkslosen waren bereits durch die Juni-Rotverordnung um 500 Millionen Mark wohlverdienter Unterhaltungsansprüche beraubt worden. Was bedeutet es demgegenüber, wenn in diesen Tagen als Vorgabe zur Reichstagswahl soziale Erleichterungen angeündigt werden, die bei voller Auswirkung 60 Millionen Mark betragen könnten. Die Familienzuschläge, wie sie jetzt für Unterhaltungsansprüche mit den niedrigsten Löhnen eingeführt werden sollen, treffen nur einen beschränkten Personenkreis. Das große Heer der Wahlhelfer verbleibt völlig leer aus. Die Erleichterungen in der Krankenversicherung dürften an der Finanznot der Massen scheitern. So vermag die neue Verordnung vom 19. Oktober als höchst geschnittener Zwiesel zur Juni-Rotverordnung deren soziale Blüten kaum zu verhüllen.

Die Wähler haben es in der Hand, das Reichsparlament, dessen bisherige Mehrheit aus Nationalsozialisten und Kommunisten die große historische Schuld am Erstarken der Sozialreaktion trägt, wiederum aktionsfähig zur sozialen Hilfeleistung zu gestalten. Darüber hinaus aber muß der Aufmarsch zur Reichstagswahl jene breite Front aller antifaschistischen Kräfte bringen, die bereit sind, unter sozialistischer Führung kapitalistisches Chaos und Wolleneid abzujücken durch sinnvolle Plan- und Lebenswirtschaft.

Die Opfer eines verlogenen kapitalistischen Wirtschaftssystems sollen nunmehr des Reites ihrer politischen Freiheit entäußert werden. Das ist der Sinn jenes breit angelegten Angriffs auf die Weimarer Verfassung, der in der Rundernener Manierrede eingeleitet ist. Die kommende Verfassung, die Volksrechte durch Verrentum erleben will, soll nach den bisherigen Erklärungen auch ohne den Reichstag durchgeföhrt werden. Die Regierung hat, wie sie sagt, „den Willen und die Macht“. Der deutschnationale Führer Graef erklärt deutlicher: „Wir sind der Meinung, daß man ohne einen Verfassungsbruch mit dem Weimarer System niemals zum Schluß kommen können.“ So steht das deutsche Volk im lächerlichen Ringen um wirtschaftliche und politische Freiheit. Zurück zur konservativen Freiheit mit dem Golgen daneben und zur kapitalistischen Verelendung oder vorwärts zur Volksherrschaft und zum Sozialismus, das ist die Frage. Die Antwort auf die Wünderrede des Reichsfanzlers haben die Wähler am 6. November zu geben. Schafft an diesem Schicksalstag den echten deutschen Rechts- und Wohlfahrtsstaat!

Siebt dazu den Willen, und ihr habt die Macht!

Wählt Liste 2!



„Wieder kein Geld — ja soll ich denn den Wahlkampf vielleicht von meinem Gehalt als Regierungsrat finanzieren?“

Neue Bücher

Unter Metaland. Ein Kalender für das schaffende Volk, Herausgegeben von der Arbeiterbewegung. Preis 80 Pf. In diesem Kalender ist der Kampf um die soziale und politische Freiheit der Arbeiterklasse im Vordergrund. Die Lektüre und die Überzeugung, die den Arbeiter zur Ausübung und der Zusammenfassung des Anlaufes und die Erhaltung der Selbstheit des Metaland, der mit der vorliegenden Ausgabe in ihrer letzten Ausgabe erschienen ist, ist ein wertvolles Hilfsmittel für die Arbeiterbewegung. Der Kalender ist in zwei Ausgaben erschienen: eine für die Arbeiter und eine für die Arbeiterinnen. Die Arbeiterbewegung hat das Motto auf der Vorderseite: „In eifriger Arbeit und in eifriger Arbeit.“

Das Dritte Reich. Von Dr. Walter Dorn. Berlin 1932. 24 Seiten. Preis 1,50 RM. Ein Buch, das die Geschichte des Dritten Reiches in der Zeit von der Reichstagswahl am 30. Januar 1933 bis zum 30. Januar 1934 darstellt. Der Autor ist ein führender Kopf der Arbeiterbewegung.

Deutsche Revolution. Von Dr. Walter Dorn. Berlin 1932. 24 Seiten. Preis 1,50 RM. Ein Buch, das die Geschichte der deutschen Revolution darstellt. Der Autor ist ein führender Kopf der Arbeiterbewegung.

Die nationalsozialistische Geißel der Bergbaurechte

Je größer die Leistung, desto größer die Not - 300 000 arbeitslose Kumpels

Die Bergarbeiter haben die nationalsozialistische Geißel der Bergbaurechte am stärksten zu spüren bekommen. Seit der Reichstagswahl im Jahre 1932, wo die Hitler-Partei ihren rapiden Siegeszug begann, haben sich die Verhältnisse der Bergarbeiter im katastrophalen Maße verschlechtert. Solange der Sozialdemokrat Hermann Müller Reichsfanzler und ein maßgebender sozialistischer Entzug auf die Regierung vorhanden war, betrug beispielsweise die monatliche Lohnsumme im Steinkohlenbergbau rund 100 Millionen Mark. Im Mai dieses Jahres betrug sie nach amtlichen Erhebungen nur noch 48 Millionen Mark. Das Gesamteinkommen der Steinkohlenarbeiter ist also im Monatsdurchschnitt um 62 Millionen Mark gesunken. Tausende dieser arbeitslosen Kumpels sind durch den bergmännischen Lohnrückgang und die Geschlossenheit und alle diejenigen, die von der bergmännischen Konjunktur abhängen, schwer in Mitleidenschaft gezogen worden sind, ist selbstverständlich.

Die nationalsozialistische Siegesallee hat sich deshalb für die Bergbaurechte als ein Weg zur furchtbaren Verarmung und wachsender Not erwiesen.

Aber nicht nur im Steinkohlenbergbau, auch im übrigen Bergbau hat der nationalsozialistische Aufstieg zu einer gewaltigen Entwertung der Lohnsumme geführt. Während im Braunkohlenbergbau 1929 unter dem Kabinett Müller die Lohnsumme noch 14,1 Millionen Mark betrug, war sie im Mai dieses Jahres auf 6,6 Millionen Mark zurückgegangen. Im Kali-bergbau wurden im letzten Quartal 1932 13,7 Millionen Mark, im vierten Quartal des letzten Jahres aber nur 6,4 Millionen Mark ausbezahlt. Im Eisenerzbergbau sank die Lohnsumme von 28 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 13,7 Millionen Mark im letzten Jahre. Das Bild ist also überall dasselbe. Je mehr Kandidat die Nazis erringen konnten und je mehr die sozialistischen Widerstandskräfte geschwächt wurden, um so katastrophaler wurden die Lohnverhältnisse für den schwerarbeitenden Bergmann.

Nach für die Knappheitsmaßnahmen

sicht sehr viel auf dem Spiel. In der Vorkriegszeit betrug beispielsweise die durchschnittliche Knappheitsrenten 28,54 M. Sozialdemokraten und Gewerkschaften erhoben in der Reichstagszeit die Renten. Im Jahre 1930 betrug die durchschnittliche Knappheitsrente 6,25 M. Seitdem wurden 1/3 Renten der Bergarbeiter wiederholt abgebaut. Infolge des gewaltigen Rückgangs der Lohnsumme konnte die Knappheitsrente nur mit Hilfe besonderer Reichszuschüsse aufrechterhalten werden. Es war die Regierung Müller, die zum ersten Male anerkannte, daß die Bergarbeiterversicherung der Bergarbeiter

eine Reichsbüße zu beanspruchen

habe. Diese ist ihr dann auch damals zuteil geworden. Nicht zuletzt deshalb, weil die Reichstagswahl im Jahre 1929 der Sozialdemokratischen Partei einen Sieg gebracht hatte. Die gegen-

wärtigen knappheitsrechtlichen Leistungen können nur aufrecht erhalten werden, weil die Knappheitsrente auch jetzt noch Reichszuschüsse erhält. Dieser Zuschuß ist jedoch nur bis zum 1. April 1933 festgelegt. Was dann mit der Knappheitsrente geschieht, ist ungewiss. Alles wird davon abhängen, wie die Reichstagswahl am 6. November ausfallen wird. Daß die Bergarbeiter auf die Strafen der Nazis und der Kommunisten nicht bauen können, haben diese zur Genüge bemerkt. Wenn am 31. Juli an Stelle der 819 Nazis und Kommunisten so viel Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt worden wären, würde es heute in Deutschland bestimmt anders aussehen.

Die GEG bietet uns Genossenschaftlern: Für weniger Geld etwas gutes zu rauchen.

KONSUMVEREIN VORWÄRTS

Kauft bei unsern Inferenten!

Seit dem Auswachen der Nazis ist die Arbeitslosigkeit nicht gemindert worden, sondern riefenhaft angewachsen. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit der Septemberwahl im Jahre 1930 mehr als verdoppelt. Die furchtbare Lage der Bergarbeiter davon betroffen wurden, geht daraus hervor, daß gegenwärtig im deutschen Bergbau rund 300 000 Arbeitslose vorhanden sind. Diese arbeitslosen Kumpels haben ganz wie ihre übrigen Leidensgenossen zu spüren bekommen, was es für die Arbeiterklasse bedeutet, wenn reaktionäre Kräfte die Verantwortung der Arbeitslosigkeit heute nur noch die Hälfte bzw. ein Drittel von dem betragen, was unter der Regierung von Hermann Müller gewahrt wurde.

Das wichtigste Problem, das die Bergarbeiter jedoch beschäftigen ist

die Sozialisierung des Bergbaus.

Im Steinkohlenbergbau entfällt heute auf einen Bergmann nur die doppelte Leistungsmenge wie im Jahre 1924. Die Wirtschaftlichkeit ist also ungeheuer gestiegen. Von diesen Vorteilen bekommen aber die Bergarbeiter wenig zu spüren. Je mehr die Leistung gesteigert wird, desto größer wird die Not des Bergmannes, weil die kapitalistische Wirtschaftspolitik völlig verlagert hat und es nicht verstanden, mit den produktivsten Mitteln Fortschritten einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der bergmännischen Lebenshaltung herbeizuföhren. Als einzige Ausweg aus dieser furchtbaren Misere erscheint daher den Bergarbeitern eine Verstaatlichung bzw. eine Nationalisierung des Bergbaues. Daß dieses wichtige Problem nicht von den Nazis, die bei der Fäulnisbildung in der Arbeiterbewegung gebildet, gelöst werden kann, ist selbstverständlich. Das Volk arbeitslos ist und bleibt daher mit dem sozialdemokratischen Einfluß im Reichstag auf das engste verbunden.

Jeder Volkswirtschaftler Bergmann wählt deshalb Liste 2 (Sozialdemokraten).

Streikzusammenbruch, Schuld der NSD.

P. Der Streik der Wandplattenarbeiter in Grohe-Wege ist infolge schändlichen Verhaltens der sogenannten NSD. zusammengebrochen. Die anfänglich gute Disziplin und Einigkeit wurde von den Kommunisten gerädert. Der Erfolg der Streikaktion war, daß am fünften Streiktag bereits 150 Mann in den Betrieb liefen und weitere Verluste am nächsten Tage folgten. Eine am gleichen Tage abgehaltene Delegiertenversammlung beschloß dann mit großer Mehrheit, unter solchen Umständen den Kampf abzubrechen. Der Verband der Wandplattenarbeiter wurde von der Delegiertenversammlung beauftragt, Verhandlungen darüber einzuleiten, daß die bisher Beschäftigten an Arbeit wieder aufnehmen können. Diese Organisation wird auch alle Mühe haben, zu verhindern, daß Streikende auf der Straße bleiben. Die NSD. aber wird ihr Schandgemetzel weiter treiben und dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse sich noch mehr isoliert und in völlige Ohnmacht versinkt. Der lösende Dritte dabei ist der Preis der Unternehmer und die Reaktion.